



Saar-Freund

Einzelpreis 25 Pfennig.

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 19
6. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten, Postamt, Königsgrüher Straße 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Lüchow 3249. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

Verum
1. Oktober 1921

Rückwirkungen eines Sicherheitspaktes auf die Saargebietsregelung?

Die deutsche Reichsregierung hat im Einvernehmen mit den Länderregierungen und dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages die Einladung der alliierten Regierungen zu einer Sicherheitskonferenz angenommen, die am 5. Oktober in Locarno ihren Anfang nehmen wird. Die „Sicherheitsfrage“ spielt schon seit Jahren eine große Rolle in den außenpolitischen Zielen der Ententemächte. Frankreich verstand unter Sicherheit zunächst eine Regelung, die auf Kosten Deutschlands und seiner Staatsouveränität in den deutschen Westgebieten durchgeführt werden sollte. Auch von englischer Seite waren verschiedentlich Sicherheitsregelungen vorgeschlagen worden, die ihren Ausdruck in einer „Neutralisierung des Rheinlandes“ finden sollten. Der Sicherheitsgedanke, der von Frankreich immer wieder in der einen oder anderen Form erwogen wurde, hat seinen ersten Anstoß bereits in Versailles erhalten. Dort war man vor Formulierung des sogenannten Versailler Vertrages im Räte der Vier dahin übereingekommen, daß zur Sicherung der neuen deutsch-französischen Grenze zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten eine Art Garantievertrag abgeschlossen werden sollte mit dem Ziel, jedweden Versuch Deutschlands, die in Versailles diktierte deutsche Westgrenze nach der einen oder anderen Richtung hin abzuändern, mit militärischer Gewalt zu unterdrücken.

Nachdem man aber in Versailles das sogenannte Friedensdokument endlich zusammengeschachtelt hatte, machten Wilson und das liberale Amerika die Entdeckung, daß von den 14 Wilsonschen Punkten nicht ein einziger berücksichtigt worden war, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker in größtmöglicher Weise mißachtet wurde, und daß der sogenannte Vertrag von Versailles alles andere denn einen Friedensvertrag darstellte. Aus diesem Grunde sah Amerika keine Veranlassung, die damals gegebene Zusage hinsichtlich eines Garantievertrages irgendwie einzulösen. Aus dem gleichen Grunde lehnte es den Versailler „Völkerbund“ ab. Daß auch England von seiner Zusage zurücktrat, war verständlich für jeden, der die englische Politik kennt. Und so kam der französisch-englisch-amerikanische Garantievertrag nicht zustande.

In den ersten Jahren nach dem Kriege und unter der Regierung Poincarés dachte man in Frankreich nicht mehr an diesen „Garantievertrag“, der sogar den französischen Machtzielen hätte hinderlich sein können. Frankreichs Ziel war auf die nachträgliche Losreißung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland gerichtet. Der Ruhrbruch mit den nachfolgenden Separatistenschreckenszeiten zur Zermürbung der Bevölkerung sind hierfür lediglich eine Probe auf die Theorie, die Darlac in seinem bekannten Geheimbericht an Poincaré über die wirtschaftliche Annektierung des Rhein- und Ruhrgebietes aufgestellt hatte. Erst als man in Frankreich erkannte, daß seine imperialistischen Ziele an der unerschütterlichen deutschen Haltung der Bevölkerung an Rhein und Ruhr scheiterten, da tauchte plötzlich wieder der Gedanke an einen Garantievertrag auf. Aber auch damals hatte man die stillgehegte Nebenabsicht, einen

Garantiepaß mit England zustande zu bringen, der den bisherigen politischen Zielen Frankreichs im Rheinland einigermaßen Rechnung tragen sollte. England aber winkte immer ziemlich deutlich ab, da es hinter den französischen Plänen Absichten vermutete, die England immer unbequeme Verpflichtungen auferlegen müßten. Trotzdem nahmen die französischen Bestrebungen immer deutlichere Formen an, als die Fragen der Ruhräumung und der Kölner Zone in greifbare Nähe rückten. Frankreich konnte sich an den Gedanken nicht gewöhnen, daß diese Gebiete der politischen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Beeinflussung durch die Besatzungsmächte entzogen werden sollten. Die Verhandlungen, die zwischen französischen und englischen Staatsmännern in der Sicherheitsfrage immer wieder gepflogen wurden, verdichteten sich allmählich zu einem Plan, der dem des englischen Generals Spears ziemlich ähnlich sah. Danach sollte das gesamte besetzte Gebiet, vielleicht sogar noch ein Streifen auf dem rechten Ufer des Rheines „neutralisiertes Gebiet“ werden, das einer internationalen Gendarmerie unterstellt werden sollte. Man dachte dabei an ein Regime, wie es im Saargebiet eine so bezeichnende Verförperung gefunden hat. Vielsach wurde auch die Uebertragung des Saargebietes auf diese neutralisierte Rheinlandzone direkt empfohlen. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Pläne tatsächlich lediglich dem Gedanken an eine angenommene Gefährdung der französischen Sicherheit entsprungen waren, oder ob man die alten imperialistischen Ziele auf diesem etwas größeren Umwege auch weiterhin zu verfolgen suchte.

In Deutschland hat man alle diese Bestrebungen mit Aufmerksamkeit und auch mit einer gewissen Beunruhigung verfolgt. Die Mächtigkeitsgruppierung nach dem Kriege und das Bestreben, Deutschland niemals wieder zu wirtschaftlicher und politischer Macht kommen zu lassen, ließen mit solchen Plänen eine Gefahr für Deutschland aufwachsen, gegen die es kaum irgendwelche Waffen in der Hand hatte. Als dann von französischer Seite auf dem Umwege über das sogenannte Genfer Protokoll mit sehr ernsthaften und sehr weitgehenden Vorschlägen die Sicherheitsfrage zum aktuellen Verhandlungsthema im Völkerbund gemacht wurde, erkannte man überall in Deutschland, daß die Westmächte unter der Flagge „Sicherung des Friedens“ ein Werk aufzurichten versuchten, das für die fernere Zukunft Deutschlands geradezu verhängnisvoll werden mußte. Man verhandelte über deutsches Gebiet und über Millionen deutscher Volksgenossen und kümmerte sich nicht im entferntesten darum, daß es sich hierbei um Menschen handelt, die ja schließlich auch noch etwas über ihr künftiges Schicksal mitzureden hätten, macht sich auch keine Kopfschmerzen darüber, wie sich derartige Pläne mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker vereinbaren lassen. Wir vertreten nicht die Auffassung, als ob hinter den Vätern dieses sogenannten Genfer Protokolls sich ideale, uneigennützige und gerechte Bestrebungen verbergen, wir vertreten die Ueberzeugung, daß mit dem Genfer Protokoll aus der Haut Deutschlands Riemen geschnitten werden sollten, mit denen man es wirtschaftlich und politisch für alle Zeiten fesseln wollte.

Um zu ergründen, ob von Seiten der Westmächte tatsächlich der ehrliche Wille vorlag, einen Sicherheitspakt zur Festigung des Friedens und zur Versöhnung der Völker abzuschließen, gab der deutsche Außenminister Dr. Stresemann im Dezember vorigen Jahres unverbindliche Anregungen, die darauf abzielten, mit Frankreich und England über einen mit Deutschland abzuschließenden Sicherheitspakt auf Gegenseitigkeit in einen Gedenktaustausch einzutreten. Diese Anregungen wurden durch den deutschen Botschafter in London gemacht. Die englische Regierung hielt diese deutschen Anregungen für wesentlich genug, um in eine Besprechung darüber einzutreten. Frankreich versuchte diesen deutschen Anregungen aus sehr durchsichtigen Gründen den Boden zu entziehen. Als aber die deutsche Regierung glaubte feststellen zu können, daß ein formulierter deutscher Vorschlag durchaus geeignet wäre, die deutschen Anregungen zur Diskussion zu stellen, verfolgte sie im Februar dieses Jahres den beschrittenen Weg weiter, um eine Basis für Verhandlungen zu schaffen. Es ist hinreichend bekannt, daß Frankreich diesem deutschen Sicherheitsvorschlag von vornherein mit großem Mißtrauen gegenüberstand. Demgegenüber scheint aber England in dem deutschen Schritt eine Möglichkeit gesehen zu haben, durch die es sich von seiner Garantiezulage vom Jahre 1919 endgültig fähem Notenwechsel, zu der Londoner Konferenz zwischen Chamberlain und Briand, zu der Londoner Juristenkonferenz, zu der Dreimächtekonferenz in Genf, die schließlich die Einladung zu einer Ministerkonferenz mit Deutschland an die deutsche Regierung zur Folge hatte.

Ueber die künftige Entwicklung der Sicherheitsfrage läßt sich schwer etwas vorausbestimmen. Deutschland hat den guten Willen, trotz der furchtbaren Leiden, die es durch die französische Politik all die Jahre und Jahrhunderte hindurch erlitten hat, zu einer Verständigung zu kommen. Deutschland hat sogar den guten Willen, sich mit Frankreich auszuöhnen, unter Voraussetzungen selbstverständlich. Das Allein-Schuld-Diktat darf nicht bestehen bleiben. Wenn Deutschland sich bereit erklären sollte, die in Versailles gezogene Grenze im Westen als feststehend anzuerkennen, so kann und muß Deutschland verlangen, daß einem solchen Zugeständnis auch von der Gegenseite Rechnung getragen wird. Die Wunde im Westen, die befestigten Rheinlande, und das dem Völkerbund unterstellte, in Wirklichkeit von Frankreich autokratisch verwaltete Saargebiet müssen von den bisher geübten Systemen befreit werden. In der Kölner Zone müssen umgehend gesetzmäßige Zustände hergestellt werden, d. h. die schon seit dem 10. Januar d. Js. fällige Räumung muß sofort durchgeführt werden. Ueber die Besetzung der übrigen deutschen Gebiete am Rhein muß eine Verständigung dahin erfolgen, daß die Besatzung vermindert, das Besatzungsregime von Grund auf geändert, die Räumungstermine wesentlich verkürzt werden. Hinsichtlich des Saargebiets muß den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden, d. h. die für das Jahr 1935 vorgesehene Abstimmung muß sobald wie möglich durchgeführt werden. Die Saargruben Preußen und Bayern zurückzugeben und die Verwaltungshoheit und Verwaltungstätigkeit im Saargebiet restlos wieder auf Deutschland übergehen.

Was gerade die Saarfrage angeht, so hat sich nicht nur erwiesen, daß ihre Regelung in Versailles auf Grund läugerischer Behauptungen über die Verhältnisse an der Saar erfolgt ist, sondern daß auch die Entwicklung der Verhältnisse dort einen Zustand geschaffen haben, der unmöglich aufrecht zu erhalten ist, wollen die Staaten, die den Völkerbundgedanken vertreten, sich nicht selbst und diesen Gedanken aufs stärkste kompromittieren. Immer mehr in der Welt hat sich die Ueberzeugung verstärkt, daß das Saargebiet, so klein es auch sein mag, den Gefahrenpunkt für kommende Kriege darstellt. Die tatsächlichen Verhältnisse geben einen untrüglichen Beweis dafür, daß Frankreich den Gedanken des Völkerbundes mißbraucht und verhöhnt, wie es von den ärgsten Völkerbundsgegnern nicht geschehen kann. Die Saargruben als Reparationsobjekt für die zerstörten Gruben in Nord-Frankreich haben längst ihren Charakter als solches verloren. Die Vorkriegsförderung auf den nordfranzösischen Gruben ist nicht nur erreicht, sondern längst überschritten. Was Frankreich an Kohlen aus dem Saargebiet herauszieht, ist eine im Saarstatut nicht vorgesehene Sonderleistung Deutschlands an Frankreich. Die Aufrechterhaltung der französischen Saarbesatzung ist ein Bruch des Saarstatuts und die Tätigkeit der Völkerbundscommission an der Saar die Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse. Denn nicht der Völkerbund verwaltet das Saargebiet, sondern nur Frankreich durch seinen Präsidenten in der Saarregierung und durch die französische Bergverwaltung.

In den nächsten Tagen werden die deutschen Unterhändler, Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Locarno mit den Vertretern der Ententemächte zusammentreffen, um sich über die Grundlagen eines Sicherheitspaktes zu unterhalten. Die Ententerregierungen sind sich in zahlreichen Vorbesprechungen bereits über ihr Mindestprogramm einig. Deutschland hat seine Forderungen und seine Erwartungen in seiner Note vom 20. Juli offen auf den Tisch gelegt. Seine

Unterhändler können nicht vor das deutsche Volk treten, ohne ihm einen Fortschritt, einen Beweis ehrlichen Friedenswillens von der anderen Seite bieten zu können. Wie am Rhein die Verhältnisse sich grundsätzlich ändern müssen, so muß auch der Saarstandalen endlich ein Ende finden. Wenn es die Gegenseite aufrichtig meint, wird sie jetzt Gelegenheit haben, Beweise zu erbringen. Die Saarfrage darf nicht an letzter Stelle einer Neuregelung der Dinge stehen. Die Saaraabstimmung ist sobald als möglich vorzunehmen, damit die hier mit zusammenhängende politische, wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Rückgabe dieses Gebiets an Deutschland so schnell wie möglich erfolgen kann. Das Verhalten der Entente in der Saarfrage bei den bevorstehenden Sicherheitsverhandlungen wird ein Gradmesser für den ehrlichen Willen der Entente sein, einen endlichen wahren Frieden in Europa zu schaffen.

Heute haben sich die gesamtpolitischen wie die weltwirtschaftspolitischen Verhältnisse von Grund auf geändert, so daß die Entente ohne katastrophale Rückwirkung auf ihre eigene politische und wirtschaftliche Lage eine ähnliche Gewaltpolitik wie vor drei Jahren nicht mehr wagen dürfte. Die empfindliche Schwäche des Franken und die verzweifelte Versuche Caillaux', mit Amerika zu einer Schiedsvermittlung zu kommen, geben den besten Beweis dafür ab, daß Frankreich sich heute in ähnliche zweifelhafte Abenteuer wie vor drei Jahren nicht stürzen darf. Als man auf deutscher Seite zum erstenmal den Gedanken an einen Beitritt Deutschlands an den Völkerbund erwog, winkte man in Paris und London sehr energisch ab und glaubte, von Deutschland noch besondere Opfer verlangen zu müssen, wenn sie einer Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zustimmten. Wie anders heute. Geradezu mit Engelszungen versucht man Deutschland zu überreden, dem Völkerbund beizutreten. Wenn man fragt, ob Deutschland gezwungen ist, diesen Forderungen zu folgen, so wird man diese Frage letzten Endes verneinen können. Man sagt in gewissen deutschen Kreisen, Deutschland könnte sich bei seiner Zugehörigkeit zum Völkerbund der deutschen Minderheiten in den sogenannten Nachfolgestaaten annehmen, vergißt aber den Beschluß des Völkerbundes in einer seiner letzten Tagungsperioden, daß Deutschland als Völkerbundsstaat von den Entscheidungen über Minderheitenfragen ausgeschlossen bleiben soll. Man hat gesagt, daß eine Entscheidung über Danzig wie die letzte nicht zustande gekommen wäre, wenn Deutschland an dieser Entscheidung mitgewirkt hätte. Auch hier vergißt man, daß bereits ein Antrag vorbereitet ist, der eine Aenderung der Geschäftsordnung des Völkerbundes dahin erstrebt, daß in Zukunft nicht wie bisher einstimmig, sondern bei einer Zweidrittelmehrheit gefaßt werden brauche. Nach der bisherigen Geschäftsordnung wäre es möglich gewesen, bei einer Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbundsrat durch seine Gegenstimme ähnliche Entscheidungen wie die letzten in der Danziger Frage unmöglich zu machen. Das soll durch den neuen Antrag verhindert werden. Dieser Antrag müßte auch entsprechende Rückwirkungen für die Ratsentscheidungen in Saarfragen nach sich ziehen, so daß ein deutscher Eintritt in den Völkerbund nicht den geringsten Vorteil für das Saargebiet bedeuten würde.

Trotzdem ist ganz offenbar, daß man auf Ententesseite Deutschland in den Völkerbund hineinziehen will. Und da man das weiß, ist es zum mindesten unklug, wenn von deutscher Seite gefordert wird, daß es seinen Eintritt ohne Vorbehalte und ohne Vorleistungen von der Gegenseite vollziehen soll. Es war politisch unklug, daß eine ganze Reihe von Forderungen in einem Teil der deutschen Presse aus parteipolitischen Gründen von einem andern Teil bekämpft und für unzumutbar erklärt wurde. Unter diesen aufgestellten Forderungen befand sich unter anderem auch die Verkürzung der Abstimmungszeit im Saargebiet, nach Uebertragung von Kolonialmandaten, nach Aenderung des Besatzungsregimes am Rhein usw. Daß man diese Forderungen in Frankreich wohl beachtet hat und offenbar auch geneigt ist, in gewissem Umfange entgegenzukommen, beweisen Ausführungen des „Matin“ vom 26. September. Darin heißt es unter anderem: Frankreich könne den Charakter der Rheinlandbesetzung vollkommen umändern. Frankreich könne nicht offiziell auf die Volksabstimmung im Saargebiet verzichten, aber es könne im Einverständnis mit dem Völkerbund im Saargebiet die Schaffung eines Parlaments gestatten. Frankreich könne Deutschland keine Kolonialmandate geben, aber es könne auf die Entscheidungen des Völkerbundes derart drücken, daß gewisse Mandate Deutschland zugestanden werden könnten.

Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß Deutschland nur etwas erreichen kann, wenn es nicht zu beschiden und zu zaghaft in seinen Forderungen ist. Sie beweist aber ferner, daß Deutschland sich seinen Eintritt in den Völkerbund so teuer wie möglich bezahlen lassen muß. Jedenfalls ist es aber ratsam, sich bestimmte Zusagen geben zu lassen, bevor es dem Völkerbund beitrifft, als sie nachher zu verlangen, wenn es keine Trümpfe mehr in der Hand hat.

Was Frankreich könnte.

In diesen Tagen erschien im Pariser „Matin“ ein längerer Artikel des Berliner Sonderberichterstatters des Blattes, der sich mit der Sicherheitsfrage und den damit in Zusammenhang stehenden Nebenfragen befaßte. Der Verfasser dieses Artikels ist, wie sich später herausstellte, der bekannte französische Propagandajournalist Sauerwein, dessen man sich gern bedient, wenn es sich darum handelt, eine große politische Aktion der französischen Regierung pressepropagandistisch vorzubereiten oder — umzubiegen. Wenn Sauerwein in irgendeiner Frage unvermutet auftaucht, dann kann man daraus schließen, daß mit dieser Frage eine besondere politische Absicht Frankreichs verknüpft ist. Und da Herr Sauerwein in diesen Tagen in Berlin auftauchte und sich bald in politischen, bald in journalistischen und bald in diplomatischen Kreisen sehen ließ, so konnte man damit rechnen, daß er für seinen Berliner Besuch einen besonderen Auftrag in der Tasche hatte.

Der eingangs erwähnte Artikel im „Matin“ steht damit in Verbindung. Darin behandelt er im Grunde die Frage „Was Frankreich könnte“, was nämlich Frankreich könnte, wenn es zu einem Abschluß eines Sicherheitspactes käme. Er griff hierzu einige in der deutschen Presse aufgetauchte Fragen auf, und versuchte zu erklären, was Frankreich in diesen Punkten könnte, wenn davon der Abschluß des Sicherheitspactes abhinge. Er ließ es dabei aber offen, ob es sich hierbei bereits um ausgemachte französische Zugeständnisse handelte, oder ob es Dinge sind, über die man sich ohne irgendwelche Bindung freundschaftlich unterhalten könnte. Er versuchte es sogar nachträglich so hinzustellen, als ob es sich hier um die Vermischung deutscher und französischer Gesichtspunkte handelte.

Es handelt sich jedoch, wie jetzt festzustehen scheint, nicht um französische Zugeständnisse irgendwie bindender Art, sondern um ausgebreitete Fühler. Frankreich könnte, sagte beispielsweise Sauerwein, zwar auf die Volksabstimmung im Saargebiet nicht verzichten, aber es könnte dem Saargebiet eventuell ein Parlament zugeteilen. Eine ganz unverbindliche Phrase, die auch dadurch keine größere Bedeutung gewinnt, daß Briand einer Saardelegation in Genf unverbindlich erklärte, „als Uebergang könne man vorläufig das passive Wahlrecht an alle Saarländer geben, die eine gewisse Zeit im Lande wohnen“. Es wäre noch zu prüfen, ob diese Erklärung ganz uneigennützig oder mit bestimmter Absicht erfolgte. Dann die Besatzungsfrage. Da könnte Frankreich nach Sauerwein grundsätzliche Änderungen eintreten lassen. Er sagt aber nicht, daß Frankreich diese Absicht ernstlich habe und nach welcher Richtung der Besatzungscharakter geändert werden sollte. Er deutet nur an. Was man sich in Deutschland den Kopf darüber zerbrechen, wie entgegenkommend Frankreich sein könnte. Ähnlich verhält es sich mit der Frage der Kolonialmandate.

Uns scheint, als ob sich Herr Sauerwein ein wenig falsch und ein wenig spät operiert hätte. Die Dinge entwickeln sich, wovon er sich überzeugen konnte, wesentlich schneller, als er seine Propagandatätigkeit ausüben kann. Vielleicht ist es auch angebracht, wenn die zurzeit zur öffentlichen und diplomatischen Diskussion stehenden Fragen der Außenpolitik in völliger Klarheit und nicht im Nebel gewisser Propagandaintriganten von Auge zu Auge erörtert würden. Auch in Deutschland weiß man sehr wohl, „was Frankreich könnte“ — wenn es wollte!

Die Saarabstimmung.

Die in den letzten Tagen verschiedentlich aufgetauchten Nachrichten über ein Entgegenkommen Frankreichs in der Saarfrage in Verbindung mit den bevorstehenden Sicherheitspactverhandlungen haben in politischen Kreisen des Saargebietes starke Beachtung gefunden. Man ist aber geneigt, anzunehmen, daß es sich hierbei um einen französischen Fühler handelt, der darauf ausgeht, für das Saargebiet eine Neuordnung zu schaffen, ohne es zu einer Abstimmung kommen zu lassen, wie sie in dem Saarstatut für das Jahr 1935 vorgesehen ist. Bekanntlich ist die Saarabstimmung in Versailles zustande gekommen auf Grund der Behauptung Clemenceaus, unter den 700 000 Einwohnern des Saargebietes befänden sich 150 000 Franzosen, die zu Frankreich zurückverlangten. Die vergangenen Jahre haben aber vor aller Welt den Beweis erbracht, daß diese Behauptung unwahr ist und daß die Staatsmänner Englands und Amerikas bei den Pariser Verhandlungen durch Propagandamachenschaften getäuscht worden sind. So nahe es unter diesen Umständen läge, auf die Volksabstimmung überhaupt zu verzichten, so notwendig erachtet man jetzt im Saargebiet einen klaren eindeutigen Ausdruck des Volkswillens im Saargebiet, wie er eben nur durch eine unbeeinflusste Volksabstimmung zu erbringen wäre. Im Saargebiet vertritt man die Auffassung, daß, besonders nach den verschiedenen Machenschaften der französischen Propaganda seit der Verwaltung des Gebietes durch den Völkerbund, die Frage der Zugehörigkeit des Saargebietes ein für allemal ent-

schieden werden muß. Es dürfe nicht geschehen, daß in Zukunft überhaupt noch einmal eine Behauptung wie die Clemenceaus aufgestellt wird. Der rein deutschen Bevölkerung des Saargebietes müsse die Gelegenheit gegeben werden, sich ein für allemal vor einem Unglück zu schützen, wie es die letzten Jahre über sie gebracht haben. Im Saargebiet ist es längst kein Geheimnis mehr, daß Frankreich bemüht ist, die vorgesehene Saarabstimmung durch eine Neuordnung der Saarfrage auf rein wirtschaftlichem Gebiete zu vermeiden, um dadurch gegebenenfalls die politischen Ansprüche erneut aufzuwerfen zu können.

Die bevorstehende Konferenz über die endgültige Gestaltung des Sicherheitspactes wird nicht umhin können, eine endgültige Lösung der Saargebietsfrage in Aussicht zu nehmen. Die „Saarbrücker Landeszeitung“, das führende Blatt der Zentrumsparlei des Saargebietes, schreibt in der Sonntagsnummer vom 27. September zu der bevorstehenden Konferenz: „Wir Saarländer werden sie (die Paktkonferenz) nur dann als einen deutschen Erfolg ansprechen können, wenn wir durch sie der Vaterschaft des Völkerbundes ledig werden und in das Reich zurückkehren dürfen.“

Auf diesen Befreiungswillen, der in ähnlicher Form auch in zahlreichen deutschen Zeitungen geäußert wurde, antwortet der

„Frankreich könne nicht auf eine Abstimmung im Saargebiet verzichten, aber es könne im Einverständnis mit dem Völkerbund im Saargebiet die Schaffung eines Parlaments gestatten.“

Dieses Zugeständnis, schreibt uns ein Abgeordneter des Saargebietes, lehnt die Saarbevölkerung dankend ab. Diese will für das Saargebiet kein selbständiges Parlament, sondern im Reichstage, Preuß. Abgeordnetenhaus und Bayerischen Landtag durch Abgeordnete aus dem Saargebiet vertreten sein. Der Schaffung eines selbständigen Parlaments für das Saargebiet, dem das Recht der Mitwirkung an der Gesetzgebung und das Budgetrecht zusteht und dessen Gesetzgebung sich der französische Staat als Besitzer der Saargruben unterordnen muß, wird Frankreich nie zustimmen, weil damit die französische Vorherrschaft in der Verwaltung des Saargebietes beendet würde. Die Schaffung eines Parlaments für das Saargebiet würde aber auch eine durchgreifende Änderung der Bestimmungen des Versailler Vertrages über das Saargebiet voraussetzen. Diese könnten ohne Zustimmung Deutschlands nicht erfolgen. Deutschland hat aber auch vom rein nationalen Interesse aus betrachtet, keine Veranlassung mitzuwirken, daß an der äußeren Kante des Reiches eine Verselbständigung eines kleinen Gliedes desselben unter den Augen einer Fremdherrschaft unter seiner Mitwirkung gefördert und beeinflusst wird.

*

Der Bluff eines Saarparlaments.

Wenn Frankreich, nachdem durch die bevorstehenden Verhandlungen über den Sicherheitspact die Augen der Welt auch auf die Fehlgeburt „Saargebiet“ hingelenkt werden, durch die Zusage der Schaffung einer Parlamentsvertretung, eine Ablenkung schaffen will, so ist es zeitgemäß, darauf hinzuweisen, daß der internationale Verwaltungsausschuß, dem das Saargebiet zu „treuen Händen“ anvertraut ist, der Saarbevölkerung nicht einmal die parlamentarischen Rechte gibt, die der Versailler Vertrag zuläßt. So soll eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung nicht ohne vorherige Befragung der „gewählten Vertreter der Bevölkerung“ erfolgen. In den ersten Jahren der Völkerbundsverwaltung wurden die meisten Gesetzesänderungen ohne Befragen der „Volksvertretung“ vorgenommen.

Die alten Verfassungen des Deutschen Reiches, Preußens und Bayerns gelten noch für das Saargebiet, soweit sie durch den Versailler Vertrag nicht abgeändert wurden. Sämtliche Verfassungen sehen übereinstimmend vor, daß die Haushaltspläne für die Länder und das Reich alljährlich durch Gesetz festgestellt werden müssen. Nach dem auf das im Saargebiet geltende Recht übertragen, müßte die Regierungskommission jedes Jahr einen Entwurf des Haushaltsplanes dem Landesrat zur Begutachtung unterbreiten. In der dem Landesrat gegebenen Verfassung wurde §. 3. aber festgelegt, daß der Haushaltsplan dem Landesrat nur zur Kenntnisnahme unterbreitet würde. Das Recht der Beratung oder Begutachtung desselben oder der Kritik wurde streng untersagt.

Nach bisheriger Rechtsübung verfügt die das Saargebiet verwaltende internationale Kommission, in der der deutsche Vertreter nur eine untergeordnete Rolle spielt, alljährlich über einen Betrag von etwa 200 Millionen Franken (40 Millionen Rm.) in vollkommen souveräner Weise.

Die Saarbevölkerung, die diese Beträge durch Steuern aufbringen muß, ist bei der Herausgabe der Summe jede Mitwirkung verlag. Wie wenig treuhänderisch das Geld verwaltet wird, beweisen die sich ablösenden Skandale in der Verwaltung des Saargebietes.

Das Saargebiet ein zweites Oberschlesien.

Vor kurzem wurde bekannt, daß die französische Saargrubenverwaltung beabsichtige, die Gruben Bergbach und Wellesweiler an die französische Bergwerksgesellschaft Frankenholz zu verpachten. Dieser an sich zutreffenden Mitteilung liegt in Verbindung mit der beglaubigten Nachricht über einen Einbruch in das Saar-Kohlenfeld von der Lothringer Grube „Saar und Mosel“ aus ein tieferer Sinn zugrunde. Nach erfolgreicher Abstimmung im Jahre 1935 soll der Völkerbund unter Berücksichtigung des durch die Abstimmung ausgedrückten Ergebnisses nach drei Gesichtspunkten (ob deutsch, französisch oder neutral) die endgültige Souveränität des Saargebiets bestimmen. Fällt die Entscheidung zugunsten Deutschlands, muß dieses die Gruben zu einem „in Gold zahlbaren Preise“ zurückkaufen, dessen Höhe von einem aus drei Personen bestehenden Sachverständigenausschuß, von denen je einer ein Deutscher, ein Franzose und ein Neutraler sein soll, festgesetzt wird. Nach Rückgabe der Gruben an Deutschland „sind der französische Staat und die französischen Staatsbürger berechtigt, Kohlen aus dem Saarbecken zu kaufen, und zwar in der Menge, die auf Grund ihres gewöhnlichen und häuslichen Bedarfes zu dieser Zeit gerechtfertigt erscheint.“ „Es können aber Frankreich und Deutschland vor der für die Bezahlung des Rückkaufes festgesetzten Zeit besondere Vereinbarungen treffen.“

Von diesen zwei Bestimmungen ausgehend, sollen einflußreiche französische Kreise eine endgültige Lösung des Eigentumsrechts an den Saargruben vor 1935 trotz aller Ablehnungen erstreben. (Diese vorzeitige Lösung des Eigentumsrechts der Saargruben würde nicht verhindern, daß Frankreich bei der Auswertung des Abstimmungsergebnisses nach ober-schlesischem Muster eine Konditionierung der Grenzen des Saargebiets durch Absonderung der Lothringer Grubenfelder zu erreichen versuchte. Der in der Presse gemeldete Einbruch in das Saar-Kohlenfeld von dem Grubenfeld der „Saar und Mosel“-Bergwerksgesellschaft in Lothringen aus, der inzwischen bestätigt wurde, und kaum allein bleiben dürfte, läuft schon auf eine Konditionierung hinaus.)

Dann wollen die gleichen Kreise aus wirtschaftlichen und politischen Gründen eine Stellung der Saargruben in der Bedeutung der Vorkriegszeit vermeiden und den Rückübergang derselben in den Besitz des Preussischen und Bayerischen Staates, wenn nur möglich, hintertreiben.

Die Uebernahme der Saargruben auf eine Dauer von 15 Jahren wurde seinerzeit weniger als Ersatz für die zerstörten nordfranzösischen Gruben, die nicht nur längst aufgebaut sind, sondern bereits die Vorkriegsförderung überschritten haben, vorgenommen, sondern sollten als Mittel zur politischen Eroberung des Saargebietes dienen. Daß der Besitz der Saargruben und damit Beherrschung von über 70 000 Bergleuten als politisches Eroberungsmittel verfaßt, hat die französische Regierung und die Mehrheit der französischen Kammer bereits erkannt. Die Methoden in der Verwaltung und der späteren Verwertung der Saargruben sollen deshalb geändert werden.

Wenn bei einer nicht zu vermeidenden Abstimmung der Saarbevölkerung 1935 sich nur ein Bruchteil der Abstimmungsberechtigten für Frankreich entscheiden sollte, würde ein entsprechendes Stück vom Saargebiet, in dem jeder Fußbreit Boden wertvoll ist, abgeschnitten. Bei dem großen politischen Einfluß, den die französische Großindustrie in Frankreich hat, käme in erster Linie eine Konditionierung des Grubenbesitzes in Frage.

Ferner bietet sich während der gegenwärtigen Ausbeutung der Saargruben durch Frankreich Gelegenheit, zum Vorteil der Lothringer Gruben die Wettbewerbsfähigkeit der Saargruben gegenüber diesen erheblich herabzudrücken. Im Jahre 1913 betrug die Förderung der drei Lothringer Gruben (de Wendel, Saar und Mosel und La Houve) rund 3 Millionen Tonnen, die aller Saargruben aber 13,2 Millionen Tonnen. Es erreichte die Förderung der Lothringer Gruben nur 22,4 v. H. der Saarförderung. Vornehmlich die Gruben de Wendel machten der Saarkohle in der Vorkriegszeit erheblichen Wettbewerb.

Während die Saargruben 1924 die Förderung von 1913 wieder erreicht und etwas überschritten (rund 14 Millionen, was eine Steigerung von 800 000 Tonnen — 6,15 Proz. gegenüber 1913 entspricht), hat die Förderung der Lothringer Gruben die-

jenige von 1913 bereits um mehr als 40 v. H. überschritten und steigt ständig. Absatzschwierigkeiten haben die Lothringer Gruben nicht, während die Förderung der Saargruben auf Absatzschwierigkeiten stieß und im letzten Halbjahr mehrere Fehlerschichten eingelegt werden mußten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die gegenwärtige Belegschaft der Saargruben, die 72 000 Mann beträgt, auf den Stand von 52 000 zurückgeführt werden muß.

Dagegen glaubt allein die Saar- und Moselbergwerksgesellschaft in Lothringen innerhalb von 5 Jahren ihre Jahresförderung auf 5 Millionen Tonnen steigern zu können. (1913 blieb die Förderung noch unter eine Million Tonnen.) Steigt die Kohlenförderung in Lothringen so weiter, wird im Abstimmungsjahr 1935 die Förderung der Lothringer Gruben denen der Saargruben auf mindestens 80 v. H. (gegenüber 22,4 v. H. 1913) nahe gerückt sein. Ausschlaggebend für den Vorsprung, den die Lothringer Gruben gegenüber den Saargruben haben, wird aber sein, daß die lothringischen Gruben technisch vollkommen intakt sind, und in wichtigen früher von den Saargruben beherrschten Absatzgebieten festliegen, während diese durch den in ihnen betriebenen Raubbau und die Unterlassung technischer Neuerungen wettbewerbsunfähig sein werden. In jahrzehntelanger Arbeit mühsam erworbene Absatzgebiete der Vorkriegszeit sind verloren. (1913 wurden von der Förderung der Saargruben abgesetzt in Frankreich, altes Gebiet 7,7, in Elsaß-Lothringen 11,1, Schweiz 6,3, Belgien und Luxemburg 1,3, Österreich-Ungarn 0,2 und Italien 1,7 v. H. der Gesamtförderung. Das sind 28,3 v. H. der Förderung.)

Dann sind begründete Anzeichen für die Vermutung vorhanden, daß das Interesse Frankreichs an den Saargruben, wie an der Saarindustrie überhaupt, über die Belegschaftszeit (1935) hinaus aus politischen Gründen ein sehr lebhaftes sein wird. Das ist erklärlich, denn Frankreich, dessen Landesgrenzen nach drei Seiten geschützt sind, hat im Osten (im Westen Deutschlands) keine feste Grenze. Die Absicht, den Rhein als die Grenze Frankreichs zu beherrschen, ist alt und wird nie aussterben.

Ein Rückgang der Saargruben in den Besitz Preußens und Bayerns läuft dem politischen Interesse Frankreichs entgegen. In dem Kampf um die politische Umformung der Gegendung der Saarbergarbeiter erlitt Frankreich seit Kriegsende die erste moralische Niederlage, die sein Prestige empfindlich verletzen muß. Wenn das Saargebiet bei genauer Beachtung der Abstimmungsvorschriften nicht gefährdet ist, so ist das im wesentlichen der Haltung der Saarbergarbeiter zu verdanken. Wenn die Belegschaft der Saargruben nur in dem Maße mit (uns natürlich feindlich gesinnten) Ausländern durchsetzt wäre, wie die des Ruhrgebiets es vor dem Abbau der Belegschaft war, wäre unter dem Schutz der Franzosen und der Regierungskommission die Aufrichtung einer kraftvollen, separatistischen Bewegung unter der Firma des Saarbundes, dem der Versailler Vertrag in den Abstimmungsvorschriften sogar eine Rechtsgrundlage gibt, nicht mehr aufzuhalten.

Daß diese große nationale und politische Gefahr für das Saargebiet dank der einheitlichen nationalen Zusammensetzung der Belegschaften der Saargruben gemindert und voraussichtlich für immer gebannt werden konnte, ist dem früheren Verwaltungssystem des Preussischen und Bayerischen Staates zu verdanken, die bei der Ausbeutung der Gruben nationaler Notwendigkeiten Rechnung getragen haben und nicht allein wirtschaftliche Grundsätze maßgebend sein ließen.

War die Zweckmäßigkeit der Unterordnung wirtschaftlicher Maßnahmen unter politische Notwendigkeiten in der Vorkriegszeit grundsätzlich gegeben, so ist es das erst gegenwärtig und später der Fall. Das Saargebiet ist ein zweites Oberschlesien. Hier wie dort durchschneidet die politische Grenze ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Hier wie dort ist deutsches Gebiet umstritten und begehrt. Das Saargebiet ist durch seine gegenwärtige Lage zum westlichen Eckpfeiler des Reiches geworden. Es wurde aber auch für Frankreich Ausfalltor und Plattform für die kulturelle und politische Beeinflussung des linken Rheinufers und Südwestdeutschlands und bleibt es auch dann, wenn kein französischer Soldat auf deutschem Boden steht.

In sozialer Fürsorge und in den Beziehungen zu den Bergarbeitern wird sich gegenüber der Vorkriegszeit manches ändern müssen, wenn auch die Form, in der die Gruben später verwaltet werden, geändert wird. Das unzweifelhafte Ziel Frankreichs, die Saargruben in Privatbesitz

mit ausländischer Kapitalbeteiligung zu bringen, muß unter allen Umständen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bei gleichzeitiger Wahrung der sozialen Belange durchkreuzt werden.

Der Saarskandal.

Auf der Tagesordnung der soeben abgeschlossenen Völkerbundssitzung stand seit langer Zeit zum erstenmal keine Saarfrage zur Beratung. Es wäre verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, daß im Saargebiet alles in Ordnung sei. Im Gegenteil. Würde den Vertretern der Saarbevölkerung heute nach fünf Jahren nicht immer noch das Recht vorenthalten, vor dem Genfer Weltparlament offiziell gehört zu werden, dann hätte es an lauten öffentlichen Anklagen der Bevölkerung gegen ihren Stiefvater nicht gefehlt.

Ganz besonderem Interesse begegnet im Saargebiet zurzeit die Frage der Nachfolge des im nächsten Frühjahr aus dem Amte scheidenden französischen Regierungspräsidenten Rault. Im Februar hat der Rat bekanntlich beschlossen, daß 1926 ein Neutraler den Vorstoß in der Saarregierung übernehmen soll. Wie jedoch aus Genf gemeldet wurde, bemühte sich Herr Rault dort persönlich, für das tschechoslowakische Regierungsmitglied Bezenski Stimmung zu machen. Herr Bezenski wird im Saargebiet aufs schärfste abgelehnt. Er hat durch sein skandalöses Verhalten bei der saarländischen Jahrtausendfeier, die er als Kultusminister mit allen Mitteln zu unterdrücken versuchte, während er selbst demonstrativ mit Herrn Rault offiziell an der französischen Nationalfest-Parade teilnahm, die ihm auferlegte Neutralität aufs grösste verletzt. In der Tat würde das Saargebiet bei seiner Wahl aus dem Regen der Raultschen französischen Interessenbevorzugung nur in die Traufe der tschechoslowakischen Abhängigkeit von Frankreich geraten. Und damit würde gerade der ausschlaggebende Einfluß Frankreichs auf die Saarpolitik, der sich bisher auf das unheilvollste auswirkte, erhalten bleiben. Wenn auch die beisspielslose Entrechtung der Saarbevölkerung letzten Endes im Saarstatut des Versailler Vertrages begründet liegt, — und daher in ihrem Kern nur durch eine Vertragsrevision beseitigt werden kann — so war es bisher doch der überragende Einfluß des französischen Präsidenten der Regierungskommission, der durch eine willkürliche Interpretation des Saarstatuts diese vertraglich festgelegte Entrechtung weiter verschärfte. An diesem Punkt setzt die Opposition sämtlicher Parteien des Saargebietes ein.

Ein typisches Beispiel für die Benachteiligung der Bevölkerung bietet die rückständige sozialpolitische Gesetzgebung des Saargebietes. So wurde beispielsweise gegen den Willen der Arbeitnehmerorganisationen sowie der Volksvertretung die Sozialversicherung des Saargebietes von derjenigen Deutschlands losgelöst und verselbstständigt, obwohl § 23 des Saarstatuts die Regierungskommission verpflichtet, die von dem örtlichen Arbeitnehmerorganisationen geäußerten Wünsche in Betracht zu ziehen. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift hat das Ergebnis gezeitigt, daß heute fast sämtliche Bezüge von Renten- und Versicherungsgeldern im Saargebiet auf die Armenunterstützung angewiesen sind, da die Leistungen der Versicherung teilweise um 80 Prozent (!) niedriger als in Deutschland sind. Was dies in einem dichtbevölkerten Industriestaat bedeutet, bedarf wohl keiner näheren Ausführung (Die Leistungen der Knappschaftsversicherung des Saargebietes — diese erstreckt sich auf Pensions-, Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und umfaßt etwa 75 000 Bergarbeiter und 20 000 Hüttenarbeiter — sind gegenüber der Vorkriegszeit um rund 50 Prozent (!) gesunken. Bei der Angestelltenversicherung die ebenfalls vom Reiche losgelöst wurde, ist in Deutschland das Ruhegeld 6,6mal, die Witwenrente 9mal und die Waisenrente 10mal und schreibe 37mal so hoch als im Saargebiet.)

Fragt man nach den Gründen dieses drückenden sozialen Unrechtes, das in tristem Widerspruch zu der bei der Übernahme der Regierung vom Präsidenten Rault erlassenen Proklamation steht, daß die Regierungskommission sich durch keine anderen Gesichtspunkte als die Wohlfahrt der Bevölkerung leiten lassen werde, so findet man sie ausschließlich durch französische Interessen diktiert: Frankreich wünscht aus wirtschaftlichem Motiven nicht, daß die durch eine fortschrittliche soziale Gesetzgebung die Erträge der Saargruben sowie seiner umfangreichen in der Saarindustrie investierten Kapitalien geschmälert werden. Es wünscht ferner, aus politischen Beweggründen nicht, daß irgendwelche Zusammenhänge zwischen dem Saargebiet und Deutschland erhalten bleiben; lieber läßt es daher die in ihrer Isolierung von Deutschland lebensunfähige Sozialversicherung des Zwerggebildes Saargebiet verkümmern. Schließlich dürfte auch noch die innerpolitische Erwägung eine Rolle spielen, daß die Einführung der Verbesserungen der deutschen Sozialgesetzgebung auf den fiskalischen Saar-

gruben sozialpolitische Forderungen der Arbeiter in Frankreich hervorrufen könnte, die man dort nicht bewilligen will. Aber diese Gesichtspunkte, die Herr Rault als Präsident der Saarregierung mit Erfolg durchsetzte, sind substanzlos und mit dem Begriff der Treuhänderschaft des Völkerbundes unvereinbar. Man wird daher das lebhafteste Interesse des Saargebietes an einem wirklich neutralen Präsidenten verstehen, der dieser rücksichtslosen Förderung der französischen Saarpolitik endlich einen Riegel vorzuschieben hat. Sollte der Völkerbund sich gleichwohl für den Kandidaten des Herrn Rault, den Tschechen Bezenski, entscheiden, so gibt er damit zu erkennen, daß ihm an einer Überbrückung der durch die Amtsführung des Herrn Rault hervorgerufenen scharfen Gegensätze zwischen Bevölkerung und der Saarregierung nicht gelegen ist.

Wie schwer die Entrechtung der Saarbevölkerung unter der Hegide des angeblich demokratischen Völkerbundes empfunden wird, zeigt nachfolgendes bitteres Urteil, das ein sozialdemokratischer Abgeordneter aus dem Saargebiet vor wenigen Tagen auf dem Heidelberger Parteitag abgab: „Wir sind der Ansicht,“ so führte er aus, „daß das Saarproblem im politischen Sein eines nach Demokratie aufstrebenden Europas einen Saarskandal bedeutet. Die 700 000 Bewohner des Saargebietes empfinden ihre politische Entrechtung ebenso schmerzhaft und schmachvoll, wie die 60 Millionen Deutsche, die 40 Millionen Franzosen sie empfinden mühten und würden, wenn unser Verhältnis für sie zuträfe. Unser Wegziel für das nächste Jahrzehnt ist deshalb klar vorgezeichnet: es ist Kampf um unsere demokratischen und auch nationalen Rechte, und damit um unsere politische Ehre als Menschen des 20. Jahrhunderts. Die Verwaltungsform des Saargebietes (sie stellt in facto eine absolute Diktatur der Regierungskommission dar. Die Red.) schlägt jeglichem demokratischen Geist ins Gesicht. Wir können nicht verstehen, daß wir in einer Zeit, in der fast ganz Europa das Hohelied auf Volksrechte und Demokratie singt, gerade wir um ein volles Jahrhundert zurückgeworfen sein sollen und — und das ist das Schlimmste — daß man uns noch die Rechte vorenthält, die zu gewähren durch den Friedensvertrag gar nichts im Wege steht. Einfluß Raults. Wir haben im Saargebiet einen Landesrat als Volksvertretung, dessen politische und parlamentarische Rechte geradezu einen Hohn bedeuten auf den Namen Volksvertretung.“

Als zweites kommt hinzu, daß für die Eignung zum passiven Wahlrecht noch unterschieden wird zwischen Bürger erster und zweiter Klasse. (Wer nicht im Saargebiet geboren ist, kann bekanntlich nicht in den Landesrat gewählt werden. Die Red.) Als weitere Ungeheuerlichkeit ist festzustellen, daß das Saarnolk noch für zu unwürdig und unmündig gehalten wird, sich seinen Vertreter in der Regierungskommission selbst zu wählen. Ist es nicht ein Hohn auf die primitivsten Begriffe von Demokratie, daß die fremden Regierungskommissare aus eigener Machtvollkommenheit den auf Grund des Friedensvertrages dem Saargebiet zustehenden Regierungsvertreter bestimmen und durch dem Völkerbund einsetzen lassen?

Wir haben diesen Ausführungen nur die Frage hinzugefügt: Wie lange noch will der Völkerbund diese Zustände dulden?



Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund der Saarvereine wissen muß

sagt das von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin herausgegebene

Merkblatt mit Bildern und Karte des Saargebiets.

Die Sache des Bundes der Saarvereine muß Sache des ganzen deutschen Volkes werden, jeder gute Deutsche, besonders aber jeder, der im Saargebiet geboren ist oder im Saargebiet gelebt hat, soll und muß Mitglied des Bundes der Saarvereine oder seiner Ortsgruppen werden. — Mitgliedsanmeldungen für den Bund der Saarvereine sind zu richten an die:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Fernspr.: Lützow 3249 Königsgräber Straße 94 Fernspr.: Lützow 3248

Die Saarzollverhandlungen auf dem toten Punkt angelangt.

Als am 11. Juli zwischen Deutschland und Frankreich das provisorische Saarzollabkommen in Paris zustandekam, hatte es den Anschein — und es wurde von der deutschen Presse vielfach auch so dargestellt — als ob ein großer Schritt vorwärts zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die sich aus der zwangsweisen Eingliederung der Saarwirtschaft in das französische Zollsystem am 10. Januar 1925 ergaben, gemacht sei. Dieser Optimismus ist durch nichts gerechtfertigt worden. Heute, nach zweieinhalb Monaten ist man trotz der Genehmigung des Abkommens durch den Reichstag und die französische Kammer von der Lösung der Saarzollfrage weiter entfernt denn je. Die nach der verhältnismäßig raschen Verabschiedung des Abkommens in den Parlamenten scheinbar unnatürliche Entwicklung wird leicht verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß das Pariser Abkommen die bei weitem schwierigste Frage der elsass-lothringischen Ausfuhr einer privaten Verständigung zwischen Saar-Lothringen und Saar-Ruhr überließ und damit dem Konflikt überhaupt vorerst aus dem Wege gegangen war. Heute nach zehn Wochen muß nun leider festgestellt werden, daß die in die Verständigungsversuche völlig auf dem toten Punkt angelangt sind.

Seitens der lothringischen Industrie wird noch immer mit Hartnäckigkeit die alte Forderung aufrechterhalten, daß sie für jede Tonne zollfrei nach Deutschland ausgeführten Saareisens eine Abgabe von 6,25 M. erhält. Da der deutsche Eisenzoll gegenwärtig 25 M. beträgt, so würde also Elsaß-Lothringen in die Lage versetzt, in praxi 25 Prozent des Saarcontingents ebenfalls zollfrei nach Deutschland zu liefern; das wären etwa 200 000 Tonnen. Dieser Regelung widerlegten sich die Saarwerke, vor allem die nicht in französischem Kapitalbesitz befindlichen, aufs schärfste mit der Begründung, daß sie zur Tragung dieser hohen Abgabe außerstande seien. Bei der Unerblichkeit der Gegensätze — Lothringen würde allenfalls mit 4–5 M. zufrieden sein, während die Saarindustrie höchstens 50 Pfennig vergüten will — ist eine Lösung vorerst nicht abzusehen und damit fällt das Saarabkommen zunächst ins Wasser.

Bei einem Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen, sowohl die amtlichen als die privatwirtschaftlichen, muß man heute leider feststellen, daß sich die französische Stellungnahme zur Saarzollfrage nicht um Haarsbreite geändert hat. Der von Deutschland schon zu Beginn der Sonderverhandlungen eingenommene Standpunkt, daß keinerlei Verquickung der Saarzollfrage mit der elsass-lothringischen vorgenommen werden dürfe, hat sich zwar in dem Hauptabkommen scheinbar durchgesetzt. Das Schlußprotokoll wirft aber alles wieder um mit seiner Bestimmung, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden erst nach einer vorherigen Abmachung zwischen den eisenschaffenden Industrien Frankreichs und des Saargebiets, denen beide Regierungen ihre Zustimmung zu geben in der Lage sind, erfolgen soll. Man hat sich dabei vollständig im Kreise gedreht, denn nun übernimmt die lothringische Privatindustrie mit ihrer 6,25 Mark-Abgabe im Prinzip dieselbe Forderung, die offiziell von der französischen Regierung schon immer vertreten und bei dem Saarabkommen scheinbar fallen gelassen wurde, keine Sonderregelung der Saarfrage, sondern Aufrechterhaltung — wenn auch in beschränktem Umfang — der am 10. Januar 1925 Elsaß-Lothringen verloren gegangenen Sonderprivilegien.

Frankreich spekulierte bisher bei seiner unnachgiebigen Haltung in den Saarverhandlungen nicht ohne Erfolg, wie die große Liste der zollfreien Ausfuhrsgüter nach Deutschland zeigt,

auf die nationalpolitischen Rücksichten, durch die die deutsche Regierung bei den Verhandlungen im Hinblick auf die Beschäftigungsmöglichkeit der deutschen Bevölkerung zweifellos in gewisser Beziehung gebunden war. Aber man wird sich auf die Dauer auch in Frankreich nicht darüber im Unklaren sein dürfen, daß die Bevölkerung ihre Einstellung zur Abstimmung im Jahre 1935 niemals von der Haltung der deutschen Regierung in der Zollfrage abhängig machen wird. Selbst wenn die Bevölkerung nicht — wie es der Fall ist — in ihrem ganzen Sein aufs tiefste mit dem übrigen Deutschland verwachsen wäre, genügte schon der im Vergleich zu dem Saargebiet und vielmehr noch im Vergleich zu Frankreich überragend fortschrittliche Stand der deutschen Sozialgesetzgebung, um die Sympathien restlos Deutschland zuzuwenden. Wenn auch im Augenblick infolge der Frankens-inflation die Produktionsbedingungen der französischen Industrie günstig sind — ein Hochofen nach dem anderen wird angeblasen —, so wird man in Hinsicht auf die unaussprechliche Stabilisierungskrise doch gut tun, nicht durch unerfüllbare Forderungen das Zustandekommen des Saarzollabkommens und damit den Abfluß der saarländischen und elsass-lothringischen Produktion nach dem natürlichen süddeutschen Absatzmarkt unnötig zu erschweren. Man weiß in Frankreich ebenso genau wie im Saargebiet, daß die Aufrechterhaltung der Saarproduktion im bisherigen Umfang nur durch die Zollstundungen der deutschen Regierung ermöglicht wurde. Sollte es dieser einfallen, ihre entgegenkommende Haltung aufzugeben, so würden bei der starken französischen Kapitalbeteiligung im Saargebiet nicht zuletzt französische Interessen aufs schwerste geschädigt werden.

★

Auf die wirtschaftlichen Rückwirkungen der in Versailles getroffenen Saarregelung wurde in einer Gesamtsitzung der Triester Industrie- und Handelskammer hingewiesen, die sich mit den wirtschaftlichen Folgen des Saarabkommens für die westlichen Grenzgebiete befaßte. In zum Teil erregter Aussprache wurde auf die Schäden für die Industrie hingewiesen, die infolge der niedrigen Gestehungskosten der Saarindustrien nicht konkurrenzfähig seien. Dazu komme, daß sie so wie so schon gegenüber der Saarindustrie dadurch benachteiligt seien, da ihnen durch den Versailler Vertrag ihre ehemaligen Absatzgebiete verloren gegangen seien. Die Kammer hat an die Reichsregierung in einer Denkschrift auf die großen Bedenken gegenüber dem Saarabkommen hingewiesen und um Einholung von gutachtlichen Äußerungen für spätere Verhandlungen ersucht.

Auch die elsass-lothringische Industrie ist mit dem Saarabkommen nicht zufrieden. In einer Eingabe an den französischen Handelsminister protestiert der Verband der Elsaß-Lothringischen Liqueurfabrikanten gegen das Saarabkommen, weil er darin eine Begünstigung des saarländischen Handels auf Kosten des lothringischen Handels erblickt. In der lothringischen Presse werden diese Mängel des Saarabkommens darauf zurückgeführt, daß man das Saarabkommen abgeschlossen habe, ohne die einzelnen interessierten Erwerbsgruppen in Elsaß-Lothringen zu Rate zu ziehen. Auch hätten sich offenbar gewisse parlamentarische Einflüsse sehr interessierter Natur geltend gemacht. Auf dem Gebiete der Branntweinbrennerei und -ausfuhr liege die Erklärung wohl darin, daß an der neben den saarländischen Spiritfabriken A.-G., die unter dem Einfluß Köhlings stehe, bedeutendsten Spiritfabrik des Saargebietes, dem Etablissements Carroise Alphonse Schid neben Mitgliedern der Familie Schid der Senator Hirschauer und der frühere Nationalabgeordnete Renail maßgeblich beteiligt seien.

Die französischen Schulen im Saargebiet.

Mit der Frage der französischen Schulen im Saargebiet befaßte sich in der Monatsversammlung der Ortsgruppe Hamburg des Bundes der Saar-Vereine Herr Dipl. Volkswirt H. Eisenbeis. Ausgehend von den eigentümlichen Regierungsverhältnissen im Saargebiet schilderte der Redner zunächst die Entstehungsgeschichte der französischen Schulen im Saargebiet. Die rechtliche Grundlage dieser Schulen ist durch den Versailler Vertrag gegeben, die es der Grubenverwaltung gestattet, französische Schulen für die Kinder französischer Beamter und Angestellter einzurichten. Ist es an sich schon eine politische Unmöglichkeit, in einem Lande fremde Schulen einzurichten, so scheute sich die Grubenverwaltung doch nicht, bekannt zu geben, daß diese Schulen auch von deutschen Kindern besucht werden könnten. Damit dies aber auch geschähe, wandte sie die unerhörtesten Druckmittel auf die Bevölkerung an, die ja zu 80 Prozent von ihr abhängig ist. Durch Agenten wurde, besonders auf dem Wege von und zur Arbeit,

ausgestreut, daß diejenigen, die ihre Kinder nicht in die französischen Schulen schickten, gekündigt würden, oder daß ihnen die Wohnungen, die ebenfalls der Grube gehören und mit den Gruben an den französischen Staat übergegangen sind, entzogen würden, oder umgekehrt, daß nur diejenigen angestellt würden, die ihre Kinder in französische Schulen schickten. Kein Wunder, daß da mancher Familienvater aus Sorge um die Zukunft den so bekanntgewordenen Wünschen der Grubenverwaltung nachkam, und daß so nach und nach etwa 4000 Kinder die französischen Schulen besuchten. Diese Kinder selbst wurden durch allerlei Geschenke, wenig Arbeit und lose Zucht und dergleichen in den Schulen gehalten und von ihnen angelockt. Die Regierungskommission aber, die doch die Interessen der Saarbewohner vertreten soll, und also niemals ein solches widerrechtliches Verhalten dulden durfte, ließ der Grubenverwaltung die Hand

und verfügte, daß die französischen Schulen den deutschen gleichgestellt seien. Das war aber, wie die Regierungskommission wohl wußte, gar nicht möglich. Nicht nur fehlte in den französischen Schulen die straffe deutsche Zucht, so daß die Kinder wochenlang schwänzen konnten und so nie das Lernen, was sie in deutschen Schulen lernten, sondern auch der Unterrichtsstoff ist ein ganz anderer. An Hand von Stundenplänen wies Herr E. nach, daß in allen Stufen Französisch das Hauptfach ist und jeden Tag die erste Stunde, wo die Kinder am frühesten sind, für sich in Anspruch nimmt. Also 6 Stunden Französisch für deutsche Kinder! In der Fortbildungsschule gibt es sogar 12 Stunden Französisch gegen 4 Stunden Deutsch. Man sieht also leicht, was diese Schulen für einen Zweck haben. Das selbe zeigen auch die anderen Fächer, wie Redner an Hand der benutzten Schulbücher, die für das Saargebiet besonders bearbeitete Ausgaben der in Frankreich gebrauchten sind, zeigen konnte. Geschichte, Heimatkunde und Literatur werden durchaus von französischen Gesichtspunkten behandelt und der Gesichtskreis der Kinder nicht nur überhaupt nicht auf das Gebiet östlich des Rheins ausgedehnt, sondern ängstlich auf die Heimat und vor allem Frankreich beschränkt. Während so Heimatliebe im engeren Sinne wohl gepflegt werden kann, wird der Sinn für ein größeres Vaterland und die vaterländischen Pflichten nicht nur nicht geweckt, sondern geistlich unterdrückt. Auch das zeigen die Schulbücher in deutlichster Weise, in denen Lesestücke, die auf dieses Ziel hinarbeiten, und die in den französischen Ausgaben reichlich vorhanden sind, in den saarländischen Ausgaben fehlen und durch Stücke über das gebuldige Ertragen des Schicksals und dergleichen ersetzt sind. Man sieht aus allem, worauf dieses Schulsystem hinarbeitet, und dennoch wagt es die Regierungskommission, diese Schulen als gleichberechtigt neben die deutschen zu stellen und erweist sich also auch hierin wieder einmal als gefügige Dienerin der französischen Grubenverwaltung, mit anderen Worten also des französischen Staates, dem ja die Gruben gehören. Noch deutlicher aber wird der Zweck dieser französischen Schulen im Saargebiet, wenn man, wie Redner weiter ausführte, erfährt, daß die ganzen Kosten für diese Schulen von der französischen Grubenverwaltung getragen und aufgebracht werden, daß also auch hier wieder der französische Staat der eigentliche Urheber ist. Was aber sollte ein Staat für ein Interesse daran haben, in einem fremden Lande Schulen zu unterhalten, wenn er nicht seinen Vorteil darin sähe? Und die Regierungs-Kommission, die das Saargebiet zu treuen Händen nach deutschem Recht und deutschem Gesetz verwalten soll, duldet auch dieses stillschweigend — die darin liegende Verletzung ihrer eigenen Landeshoheit wohl nicht bemerkend.

Inzwischen ist aber auch hierin das deutsche Verantwortlichkeitsgefühl erwacht, und trotz stärkster Drohungen und der schönsten Verlockungen nehmen immer mehr Eltern ihre Kinder aus der französischen Schule. Die französische Grubenverwaltung glaubt zwar fest, daß dies nur ein vorübergehender Rückgang ist, aber, so glaubt der Redner zuversichtlich, ihre Hoffnung wird scheitern an der felsenfesten deutschen Haltung der Saarbewohner und der deutschen Treue, die sie immer wieder bewiesen haben.

Mag so die Gefahr der französischen Schulen im Saargebiet durch die Haltung der Saarbewohner selbst herabgesetzt sein, so zeigt ihre Einrichtung und die dazu verwandten Mittel doch, was für Absichten die französische Grubenverwaltung hegt und wie treulich ihr die „neutrale“ Regierungskommission zur Seite steht. Daher fordert der Redner zum Schluß, daß die deutsche Regierung energische Maßnahmen gegenüber den französischen Machenschaften im Saargebiet ergreift und die restlose Ergreifung der französischen Schulen für deutsche Kinder im Saargebiet verlangt.

Neue Druckmaßnahmen der Saargrubenverwaltung in der Schulfrage.

Vor mehr als einem Jahre hatte die französische Schulpropaganda, getragen von den wirtschaftlichen Druckmaßnahmen der französischen Saar-Grubenverwaltung, gefördert durch Verordnungen der Schulabteilung der Regierungskommission, eine derartig umfangreiche Tätigkeit entwickelt, daß die Bevölkerung des Saargebiets unter Führung der politischen Parteien und der Gewerkschaften sich mit aller Wucht der vertragswidrigen Beeinflussung der Schuljugend entgegenstellte. In mehreren Denkschriften der politischen Parteien und in entsprechenden Noten der deutschen Regierung war auf das Unzulässige dieser französischen Schulpropaganda verwiesen worden. In einer Denkschrift vom 1. September 1924 versuchte sich die Saarregierung von dem

Vorwurf zu reinigen, daß sie diese französische Schulpropaganda geduldet und die Druckmaßnahmen der Grubenverwaltung zugelassen habe. Herr Rault schrieb in dieser Denkschrift unter anderem:

„Die Grubenverwaltung bestreite ausdrücklich, irgendeinen Druck auszuüben. ... Die Regierungskommission erklärt hierzu, daß, wenn ihr zur Kenntnis käme, daß ein Druck ausgeübt werde, sie dies verhindern würde. Wenn Klagen in regulärer Weise vorgebracht würden, würden sie sorgfältig geprüft und die nötigen Gegenmaßnahmen getroffen werden. Sie muß hinzufügen, daß ihr bisher solche Klagen nicht zugegangen ...“

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ kommt in ihrer Nr. 261 vom 25. September 1925 auf diese Ausführungen in der Denkschrift des Herrn Rault zurück, um ihm zu beweisen, daß er, wenn ihm damals wirklich nichts von den unzulässigen Maßnahmen zur Förderung des französischen Schulwesens bekannt gewesen sein sollte, sich davon jetzt an Hand des folgenden Falles überzeugen könne:

Als gegen Ende 1922 die zwei deutschen Schulklassen in Reden aufgehoben wurden, weil die deutschen Kinder der Beamten und Bergleute fast restlos — über die Gründe ist man ja hinreichend unterrichtet — in die neu eröffnete französische Grubenschule übertraten, pachtete die Grube von der Gemeinde Landsweiler die Schulsäle der deutschen Schule. So blieb es bis zu Anfang dieses Jahres, als wieder allgemein der Wunsch auflebte, daß die deutsche Schule, wenigstens die katholische, wieder eröffnet werde, nachdem eine Reihe von Eltern ihre Kinder aus der französischen Schule herausgenommen hatten. Dies zu verhindern, war das Hauptziel der Propagandendeure der französischen Schule in der Grubenverwaltung. Diese sollte nämlich das von der Gemeinde Landsweiler-Reden bis dahin gepachtete Schulhaus nach vorheriger Kündigung zurückgeben, weil man es für deutsche Schulzwecke benötigte. Das in Frage kommende Schulhaus steht auf Grubenterrain. Obwohl diese drei Jahre hindurch für das deutsche Schulhaus anstandslos Miete gezahlt hatte, entdeckte man auf einmal, daß dieses laut Friedensvertrag der französischen Grubenverwaltung gehöre, weil Grund und Boden bergfiskalisches Eigentum sind, und man verweigerte die Herausgabe. Nach langen, ergebnislosen Versuchen der Gemeindevverwaltung Landsweiler, das ihr gehörige und aus Gemeindemitteln erbaute Schulhaus wieder für deutsche Schulzwecke zurück zu erhalten, hat diese nun den Rechtsweg beschritten und werden die Gerichte in die Lage versetzt werden, über die rechtliche Seite der Frage zu entscheiden. Auf diese Weise hoffte die Grubenverwaltung die Wiedereröffnung der deutschen Schule unmöglich zu machen. Doch darin sah sie sich bald getäuscht, die deutsche Schule wurde trotzdem eröffnet. Anfänglich hatte sie ihr Heim in einem Saale des Bierverlegers Thiel in Reden. Nun setzte der von der Grubenverwaltung so feierlich bestrittene Druck ein. Eltern hatten mehrere Familienväter vom Madefelderhof — eine von der französischen Grubenverwaltung neu erbaute Kolonie in der Nähe der Grube — auf Grund des feierlich von der Regierungskommission vor aller Öffentlichkeit und dem Völkerbunde gegenüber, dem sie Verantwortung über ihr Tun und Lassen schuldig ist, gegebenes Versprechen, „daß, wenn ihr zur Kenntnis käme, daß ein Druck ausgeübt werde, sie dies verhindern würde“, für sich das Recht in Anspruch genommen, ihre Kinder in diejenige Schule zu schicken, wo hin sie von Rechts wegen gehören: in die deutsche Schule. Nicht aber so dachten einige Herren von der hiesigen Grubenverwaltung, die wegen ihrer beliebten Verwaltungsmethode, gestimmt auf die Melodie: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ bei der Bergarbeiterschaft nicht gerade in gutem Ansehen stehen. Was man trotz des feierlichen Versprechens: „Druck wird nicht ausgeübt“, jedoch allgem. befürchtete, trat prompt ein: man drohte ihnen mit Kündigung der Grubenwohnung. Und das Endergebnis! Zu Beginn des Wintersemesters sind wieder fünf Kinder vom Madefelderhof in die französische Schule hier abgewandert, die sie erst Ostern verlassen hatten. Die armen Kinder, nicht minder arm auch die Eltern dieser Kinder, die solchem Drucke ausgesetzt sind. Wie kann da von einem unterrichtlichen Erfolge die Rede sein, wenn die Kinder aus der deutschen Schule in die französische, dann wieder zurück in die deutsche und wieder zurück in die französische Schule usw. hin und her gabeln. Kann denn nicht endlich diesem Willkürreiben einzelner Beamten der hiesigen Grube Einhalt geboten werden? Selbstverständlich wird man wieder mit der Ausrede zur Hand sein: Alles in Ordnung! Kein Druck, beileibe nicht! Das haben die Leute freiwillig getan! Hält man denn die Leute wirklich für so dumm, daß sie mit ihren Kindern gleichsam Fangball spielen?

Wenn jeder Leser uns nur zwei neue Leser zuführt, so unterstützt er damit wirksam unsere Arbeit!

Errichtung einer Arbeitskammer für das Saargebiet.

Die Regierungskommission veröffentlichte am 30. September die seit Jahren versprochene Verordnung über die Errichtung einer Arbeitskammer im Saargebiet. Die Kammer setzt sich danach aus 18 Arbeitnehmern und 18 Arbeitgebern, deren Mandat zwei Jahre dauert, zusammen und hat die Aufgabe, der Regierungskommission „Gutachten und Wünsche zu unterbreiten, welche die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer namentlich in bezug auf Verbesserungen der Arbeitsbedingungen betreffen“. Die Einberufung der Kammer und die Schließung ihrer Tagungen, die nicht öffentlich sind, erfolgt durch die Regierungskommission, die auch die Tagesordnung festsetzt. Nur die in der Tagesordnung enthaltenen Beratungsgegenstände können zur Verhandlung gelangen.

Der Landesrat hat sich bereits im März d. J. mit der Frage der Errichtung einer Arbeitskammer befaßt. Der damals von der Regierungskommission vorgelegte Entwurf konnte vom Landesrat nicht als eine brauchbare Grundlage für die Schaffung einer Arbeitskammer angesehen werden, es wurde vielmehr ein völlig neuer Entwurf in den Kommissionsitzungen ausgearbeitet, der nach einigen Abänderungen angenommen und der Regierungskommission zugewiesen wurde. Es läßt sich noch nicht übersehen, wie weit den Anregungen des Landesrats Rechnung getragen wurde; allein aber die Angabe, daß die neugeschaffene Arbeitskammer in ihrer Betätigung ganz davon abhängig ist, was die Regierungskommission für gut hält, beweist schon, welcher Art der Geist ist, den diese Arbeitskammer von Herrn Raults und der Bergwerksdirektion Guben atmet. Jedenfalls verspricht man sich in Gewerkschaftskreisen von der Arbeitskammer sehr wenig, da die Regierungskommission wiederum alle wesentlichen Rechte sich vorbehalten hat. Obwohl man bereit ist, in dem neuen Institut mitzuarbeiten, glaubt man nach den bisherigen trüben Erfahrungen des Landesrats, daß die ganze Sache auf eine bloße „Sammlung von Gutachten“ hinausläuft, die dann der berühmten „wohlwollenden Prüfung“ unterzogen werden.

Die Erfahrungen, die man mit der sog. Knappschaffsreform im Saargebiet gemacht hat, schreien und sagen deutlich, daß alle sozialen Maßnahmen an der Saar abhängig sind von den rein materiellen Interessen des französischen Grubenunternehmers. Mit der Begründung, daß vielleicht einmal der Fall eintreten

würde, wo der deutsche Verwaltungsdirektor mit dem stellvertretenden Vorsitzenden eine Verfügung treffen könnte, die dem Arbeitgeber nicht genehm ist, verlangt sie die Anstellung eines von Arbeitgeberseite zu benennenden Knappschaffsdirektors. Daß die Begründung äußerst fadenscheinig ist, ist jedem Kenner der Verhältnisse klar. Aber der Zweck muß erreicht werden, und der französische Berghauptmann zögerte keinen Augenblick, die Forderung für begründet zu halten.

Wie würden sich nun die Verhältnisse im Knappschaffsverein gestalten? Der französische Vorsitzende würde mit dem französischen Direktor zusammen die Geschäfte in ihrem Sinne führen. Der letztere fühlte sich nicht dem Gesamtverband verantwortlich, sondern ausschließlich der Arbeitgeberseite. Der deutsche Direktor würde ohne weiteres ausgeschaltet. Dem Vertrauensmann der Versicherten würde es kaum möglich sein, die Stellung des deutschen Direktors zu erleichtern. Das Ergebnis würde also sein, daß gegenüber dem erstrebten Fortschritt ein Rückschritt im übelsten Sinne eintritt.

Die Erklärung, die der Berghauptmann bei der Besprechung über diesen Punkt abgab, gibt Veranlassung, das Schlimmste zu befürchten. Man rechnet auf dieser Seite bereits damit, daß die einseitige Entwicklung dem deutschen Direktor ein weiteres Verbleiben in seiner Stellung unmöglich macht und sucht nun die Arbeitnehmerseite damit zu fördern, daß es ihnen dann möglich sein würde, einen ausgesprochenen Arbeitnehmervertreter als Direktor in die Verwaltung zu bringen. Es ist aber ganz klar, daß derjenige, der von französischer Seite begünstigt und zum Direktor ausgewählt würde, als eine Null im Sinne der Arbeitnehmerinteressen gewertet werden müßte. Die französische Seite würde doch nur einen solchen Direktor akzeptieren, von dessen stillschweigender Gefolgschaft sie von vornherein überzeugt sein könnte. Die Berechnungen, die von französischer Seite vielleicht schon in dieser Hinsicht mit der einen oder anderen Person geführt wurden, werden sich sehr bald als falsch erweisen. Jedenfalls macht der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter bei einem solchen Spiel nicht mit. Wir zweifeln nicht daran, daß auch der Alte Verband jede Person ablehnen und für die Zukunft erledigen wird, deren Verhalten in dieser Frage auch nur zu den geringsten Zweifeln Veranlassung geben könnte.

Anspach im Saargebiet.

Vor einigen Jahren wurde bekanntlich in Deutschland ein Subjekt namens Anspach verhaftet, dem nachgewiesen werden konnte, daß er über angebliche geheime Rüstungen Deutschlands und Vorbereitungen zu einem militärischen Ueberfall auf Polen an die französische Spionagezentrale nach Mainz regelmäßig berichtete, und hierfür die erforderlichen „Dokumente“ fälschte. Er verschaffte sich auf diesem Wege einen bequemen Lebensunterhalt und den Ententemächten willkommenes Material, das diese in neuen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland auswerteten. Vor wenigen Wochen wurde in Berlin eine Art Geheimverbindung ausgehoben, die sich „feuriges Kreuz“ nannte und offenbar den Hirnverbrannten Ideen des amerikanischen Ku-Klux-Klan-Bundes nachgebildet ist. Es stellte sich heraus, daß hinter diesem sogenannten „feurigen Kreuz“ nichts anderes als eine Gesellschaft jugendlicher Wirtköpfe steckte, ohne daß man ihr irgendwelche ernsteren politischen Bestrebungen nachweisen konnte. Was aber weiß Schoettler zu dieser Affäre zu erklären:

„Die schnelle Enthastung erklärt sich unserer Meinung nach folgende Tatsachen: Der Zusammenhang des Ordens vom Feurigen Kreuz mit Stahlhelm, Jungdo, Schwarzer Reichswehr und somit mit den Spitzen der Behörden, war so offensichtlich, daß aus denselben „Sicherheits“-Gründen, aus denen die Verhandlungen in den Fememord-Prozessen geheim geführt werden, die Untersuchung eingestellt werden mußte.“

An und für sich könnte man über derartige Lächerlichkeiten hinweggehen. Solche Bemerkungen haben aber insofern eine ähnliche Wirkung wie die gefälschten „Anspach-Dokumente“, weil dem „Saar-Kurier“ heute die Unterstützungsgelder des Herrn Köhlin nur noch aus dem Grunde bezahlt werden, weil von seiner 1800 Exemplare umfassenden Auflage rund 1000 nach Metz geschickt werden, von wo aus sie zu Propagandazwecken ins Ausland dirigiert werden. Auf diesem Wege versucht man, in der Welt die „Ansichten der Saargebietsbevölkerung“ über Deutschland zu verbreiten. Schoettler ist somit dem Anspach-Schurken gleich zu achten. Man soll sich alle diese Schoettler-Schulereien gut merken!

Kleine Tageschronik.

Eine Brandepidemie im Saargebiet.

Wie in Berlin, so werden seit längerer Zeit auch im Saargebiet auffallend viele Brände festgestellt, bei denen in einer ganzen Reihe von Fällen der Verdacht der Brandstiftung vorliegt. Im Zusammenhang hiermit wurden verschiedentlich Verhaftungen vorgenommen, so in Hüttersdorf, Hülzweiler und Böllingen. Es handelt sich meistens um die Besitzer der von Bränden betroffenen Gebäude. Unter anderem ist ein mehr als sonderbares Zusammentreffen von Brandfällen in der Umgegend von Lebach zu beobachten gewesen: Im Verlaufe einiger Monate brannte es nicht weniger als siebenmal bei verschiedenen Besitzern, die alle miteinander verwandt und verschwägert waren, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, diese mysteriöse Angelegenheit restlos aufzuklären. Bei einem der jüngsten Fälle der versuchten Brandstiftung in Hüttersdorf wurden zudem sehr verdächtige Wahrnehmungen gemacht. Im Nebengebäude eines Anwesens im genannten Orte lagerten die einem Einwohner Paulus gehörigen Strohvorräte. Diese sollten eines Tages umgepackt werden. Der Junge des P. kletterte den Speicher hinauf und entdeckte plötzlich oben auf dem Schieber, mitten im Stroh, einen Schuhkarton ohne Deckel, in dem ein offenes Licht brannte. In etwa einer Stunde wäre die Kerze hinuntergebrannt gewesen und hätte ohne weiteres das Gebäude mitsamt Vorräten in Flammen aufgehen lassen. Der Brand wurde vom Besitzer des Grundstücks, einem Pensionär J., beseitigt. Er behauptete, das Licht sei von dritter, ihm offenbar feindlich gesinnter Seite nach dem Speicher gebracht worden, um ihn durch Brandunglück zu schädigen. Ins Verhör genommen, leugnete sowohl J. wie seine verheiratete Tochter, gegen die sich ein dringender Verdacht richtete. Vorläufig sind aber beide verhaftet worden, da verschiedene Momente den Verdacht der Selbsttäterschaft begründeten denn je erscheinen lassen. Beim Ausbruch des Brandes im Anwesen des J. hätte es sehr leicht eine ähnliche Katastrophe geben können wie vor einigen Wochen in der Hauptstraße von Hüttersdorf. In Haft befindet sich ferner das Ehepaar G. aus Hülzweiler, da es ebenfalls im Verdacht steht, den Brand des eigenen Hauses verursacht zu haben. Die Entstehungsursache des letzten Schadensfeuers in Böllingen ist noch nicht aufgeklärt, doch richtet sich dringender Verdacht gegen die Person eines Jägers M., der ins Gefängnis eingeliefert wurde. In der Nacht zum 24. September brach in einem Hause in Roden plötzlich Feuer aus, dem die Dachstühle zweier Häuser in der Mühlen-

straße zum Opfer fielen. Die seitens der Staatsanwaltschaft und der Landeskriminalpolizei sofort an Ort und Stelle vorgenommenen Ermittlungen ergaben dringenden Verdacht der Brandstiftung seitens eines Mitgliedes der Familie Str. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilt, sind vier Mitglieder der Familie Str. in Haft genommen worden. Da das Anwesen von Str. weit über seinen tatsächlichen Wert versichert war, dürfte als Motiv Versicherungsbetrug in Frage kommen. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Die Versicherungsgesellschaften, die den Schaden zu decken haben, rühren sich jetzt. Die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt setzt 1000 Goldmark Belohnung aus für den Fall, daß die Täterschaft so nachgewiesen werden kann, daß gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Der Saarbrücker Kriegerverein,

welcher vor dem Kriege über 1000 Mitglieder zählte und nach dem Einrücken der Franzosen aufgelöst werden mußte, wird wieder erstehen, nachdem kürzlich eine Versammlung ehemaliger Mitglieder stattgefunden hat, welche unter großer Beteiligung die Wiedergründung beschlossen haben. Die ersten Grüße ließ die Versammlung in einem warm gehaltenen Schreiben dem früheren stellvertretenden Vorsitzenden des Saarbrücker Kriegervereins, Herrn Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, entbieten, dem für seine großen Verdienste um den Saarbrücker Kriegerverein und das Kriegervereinswesen in Saarbrücken herzlich Dank ausgesprochen wurde. Ein weiteres Dankschreiben mit herzlichen Grüßen und der Versicherung treuer Verehrung richtete die Versammlung an den früheren 1. Vorsitzenden des Kreis-Kriegerverbandes Saarbrücken, Herrn Geheimen Bergrat Dr. Ewald Hilger in Haus Kynast bei Dresden. Dem Saarbrücker Kriegerverein rufen wir auch an dieser Stelle mit den besten Wünschen für eine weitere gesunde Entwicklung ein herzliches treuemaderadtschaftliches Glück zu.

Saarbrücken. Die deutsche Lichtbild- und Filmgemeinschaft a. d. S. e. B. Saarbrücken hat ihre Organisation nunmehr so weit ausgebaut, daß sie ihre volksbildnerische Arbeit in regelmäßigen Vortragsabenden beginnen kann. Sie verfügt heute über 5 Kinosmaschinen, 16 Lichtbildapparaten, 25 000 Meter Film und rund 14 000 Lichtbilder. Die Zahl ihrer Mitglieder ist auf 150 gestiegen, die sich fast ausnahmslos aus Gemeinden, Organisationen und Vereinen zusammensetzt. — In Saarbrücken sollen in diesem Winter 12 Volksbildungsabende im städtischen Saalbau stattfinden, bei dem neben dem Lichtbild in der Hauptsache der Film zu Worte kommt. — Die Bevölkerungszahl der Stadt Saarbrücken ist im Laufe des Monats August von 125 089 auf 125 255 gestiegen. Die Zahl der Geburten überzog die der Todesfälle um 140, ebenso sind im erwähnten Zeitraum 26 Personen mehr zu- als weggezogen. Für eine neue katholische Kirche für St. Arnulf und den Stadtteil bis zum Schlosspark hatte die Pfarrei St. Jacob ein Preisausschreiben erlassen. Von den 56 eingegangenen Entwürfen wurden drei mit Preisen ausgezeichnet und vier angekauft. Ein Bauplatz für die neue Kirche wurde bereits im Jahre 1921 an der Ecke Präsident-Balk- und Scharnstraße von der Stadt Saarbrücken käuflich erworben. — Die Firma Emil Kahn in der Bahnhofstraße 82 konnte in diesen Tagen auf ihr 50 jähriges Bestehen als modernes Schuh- und Konfektionshaus zurückblicken. — Das Ausfischen des Deutsch-Mühlweihers erbrachte diesmal nur eine Ausbeute von rund 13—14 Zentnern Hechte, Karpfen, Schleie und Barsche. Auffallend war die starke Vermehrung der Krebse, von denen etwa 4 Zentner gefangen wurden.

Bübingen. Für die katholische Filialkirche ist der Rohbau bis auf den Turmhelm und die Dachdeckerarbeiten vollendet.

Büttlingen. In der Familie des Bergmanns Scherer in der Gerhardstraße gab es am 13. September ein Pilzgericht. Bald nach dem Genuß stellten sich Vergiftungserscheinungen ein und alle vier Personen, die von den Pilzen genossen hatten, mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Trotz sofortiger ärztlicher Behandlung starben die drei Kinder, während die Mutter mit dem Leben davon kam. Der Vater und zwei weitere Kinder der Familie hatten von dem Pilzgericht nichts genossen und blieben so von der Vergiftung verschont. Unter Teilnahme einer überaus großen Trauerversammlung wurden die der Pilzvergiftung erlegenen Kinder beerdigt. — Ein siebenjähriger Knabe, der auf der Straße mit anderen Kameraden spielte, wurde von dem in schnellster Fahrt herankommenden Milchwagen des Händlers Stephan überfahren, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Wagenführer, der 18jährige Sohn des Milchhändlers, wurde verhaftet.

Gersweiler. Ein Familienfest seltener Art feierten die Angehörigen der in unserem Ort und darüber hinaus weitverzweigten Familie Ries. Nach über 40 jähriger Abwesenheit kehrte der letzte Sproß der älteren Generation, Fritz Ries, im Alter von 80 Jahren, von heißer Sehnsucht getrieben, Ende vorigen Jahres aus Amerika zurück. Nach mehrmonatigem Aufenthalt verließ er die alte Heimat, um bald mit seiner hochbetagten Gattin wiederzukommen. Jetzt ist das alte Paar, nach-

dem es alle Familienbande in der Saarheimat wieder aufgefrischt hatte, wieder nach Amerika zurückgereist.

Ottenshausen. Seinen 75. Geburtstag feierte im Kreise seiner zahlreichen Familie (7 Söhne und 7 Töchter) der im ganzen Ort geachtete Zollassistent Robert Jastke.

Riegelsberg. Auf der Südseite der Waldstraße, die von Hixberg kommend zur Holzerstraße hinführt, in der Nähe des neuen Friedhofes, befindet sich ein abgestumpfter kegelförmiger Erdhügel, der sich durch seine Regelmäßigkeit wesentlich von den Unebenheiten des Bodens der Umgebung abhebt. Der Hügel hat einen Bodendurchmesser von etwa 20 Meter und eine Höhe von 130 Meter und war von mehreren größeren Buchenbäumen bestanden. Von einem Kundigen mußte dieser Hügel unbedingt als Tumulus oder Grabhügel angesehen werden. Dieser Tage wurde der Hügel durch den Konservator des Saargebietes, Regierungs- und Baurat Klein, geöffnet, wobei obige Vermutung bestätigt wurde. Der Hügel wurde von oben her schichtweise abgegraben. Dabei fanden sich im Innern zerstreut Holzkohlen und ein Bronzering vor. Es handelt sich also unstrittig um eine Leichenverbrennungsstätte, über welcher der Erdhügel als Grabmal errichtet wurde. Ein zweiter, an Umfang und Höhe etwas kleinerer Grabhügel befindet sich auf der Nordseite der Straße. Die wahrscheinlich schon einmal, und zwar wohl vor 80—100 Jahren geöffneten Hügel sind zweifellos vorrömisch.

Püttlingen. Um dem hier sich immer mehr fühlbar machenden Mangel an Bauplätzen abzuwehren, auch regulierend auf die Preise der Privatbauplätze einzuwirken, ist zwischen den Orten Püttlingen und Rittersstraße eine Gemeindegrenzfläche, der etwa 7 Hektar umfassende sogenannte Hengstwald, zur Bebauung freigegeben worden.

Heusweiler. Das auf der Maß an der verlängerten Schillerstraße gelegene, ungefähr 26 Ar große Grundstück ging zum Preis von 13 000 Fr. an den Justizbeamten Freudenberger aus Walpershofen über; ein kleineres, 10 Ar umfassendes, ebenfalls auf der Maß gelegenes Grundstück erwarb Rendant Dörr für 7000 Fr. Endlich haben die Eisenbahnbeamten Beuger und Müller ein Grundstück zum Bau eines Doppelwohnhauses gekauft.

Lebach. Ein von Dörsdorf kommender Radfahrer fuhr abends ohne Licht die abschüssige Straße nach Steinbach hinab und stieß mit dem des Weges daherkommenden Zimmermann Karl Schäfer aus Dörsdorf so unglücklich zusammen, daß Schäfer auf der Stelle getötet wurde.

Landsweiler (Lebach). Die unweit der Mühle gelegene sogenannte Weihermühlkapelle ist vor kurzem neu instand gesetzt worden. Dieser jetzt schmuckvolle Kapellenbau zieht die Pilger jetzt um so mehr an, an den Muttergottestagen diese von alters her berühmte Kapelle zu besuchen.

Sulzbach. Der 38 Jahre alte Maschinist Coshovius wurde beim Zusammenstoß zweier Lokomotiven von seiner Maschine geworfen. Er geriet unter die Räder derselben und wurde überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. — Ein altes Wahrzeichen unseres Ortes, die dem Marktplatz gegenüberliegende Mauer, auf der die Pensionäre gemächlich ihr Weisken schmauchten und mit kritischen Blicken die Vorübergehenden musterten, ist verschwunden. Sie hat dem modernen Verkehrsbedürfnis Platz machen müssen.

Friedrichsthal. Zum 75. Geburtstag unseres Altbürgermeisters Forster wurden diesem von allen Seiten herzliche Glückwünsche ausgesprochen. Berge von Blumen und viele Telegramme häuften sich in seiner Wohnung, ein Zeichen, welcher Achtung er sich in der Bevölkerung erfreut.

Spiesen. Die evangelische Kirchengemeinde Spiesen hatte auf dem Anwesen der Firma H. eine Bronzeglocke von großem Werte stehen. Nachts wurde sie von bisher unbekannten Dieben gestohlen, ohne daß ihr Verbleib bisher ausfindig gemacht werden konnte.

Neunkirchen. Auf ein 25jähriges Bestehen kann in kurzer Zeit das St. Vinzenz-Waisenhaus zurückblicken. Aus diesem Anlaß wird Weihbischof Dr. Mönch von Trier, früher Pastor der Kirchengemeinde St. Marien, der Erbauer des Waisenhauses, hierher kommen. Die Jubelfeier wird sich in einfachem Rahmen vollziehen.

Ottweiler. Bei Räumungsarbeiten in einem Hause in der Bismarckstraße wurde eine Eisenplatte aus dem Jahre 1579 vorgefunden. Auf der Platte waren drei Rosen, zwei Löwen, ein dreifarbiges Wappen, zwei Männergestalten, die Früchte in der Hand hielten, eingegossen. Es handelt sich hier wahrscheinlich um eine alte Ofenplatte.

St. Wendel. Der Vorstand des Vereins ehemaliger 70er im Saargebiet, Felzen-Saarbrücken, hatte die ehemaligen 70er von hier und Umgebung zu einer Versammlung eingeladen, die sich besten Besuches erfreute. Herr Felzen leitete die Versammlung mit dem Gedanken an die im Weltkrieg Gefallenen ein. Als Grund der Versammlung bezeichnete Herr Felzen die Errichtung eines würdigen Denkmals, das seinen Standort schon im nächsten Jahre in Saarbrücken, der alten Garnison der 70er, erhalten soll. Mit dem Tage der Enthüllung des

Denkmals soll ein Regimentstag verbunden werden. Der neu-gegründeten Ortsgruppe des Vereins traten sofort 72 Mitglieder bei.

Ronnweiler. Durch Großfeuer ist nachts das Möbelmagazin der Firma Schadt in der Hauptstraße vollständig eingeäschert worden. Der entstandene Schaden ist ganz erheblich, da neben einer ganzen Anzahl wertvoller Zimmereinrichtungen 80 vollständige Betten und sonstige Gegenstände dem Feuer zum Opfer gefallen sind. Die Entstehungsursache des Feuers ist bisher unbekannt.

Bemmetweiler. Ein in den 70er Jahren stehender Invalide geriet unter einen Personenwagen und wurde auf der Stelle getötet. In gräßlich verstümmeltem Zustande wurde die Leiche unter den Rädern hervorgezogen.

Saarlouis. Ein mit fünf Personen besetztes Lastauto fuhr in Eidenborn an einer scharfen Kurve in einen Düngerhaufen und drückte die dahinterstehende Mauer eines Hauses ein. Einer der Insassen wurde totgedrückt, zwei andere trugen schwere Verletzungen davon, während der vierte mit Hautabschürfungen davonkam. Sämtliche Verletzte wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Unfall ist auf Versagen der Steuerung zurückzuführen. — Ein 14jähriger Junge aus Freilingen erkletterte den Mast einer Starkstromleitung, um zu einem Vogelnest zu gelangen. Dabei kam er mit dem Kopf an die Starkstromleitung und wurde auf der Stelle getötet. Der Körper des Jungen war bis zur Unkenntlichkeit verkohlt.

St. Ingbert. Wie das Bürgermeisteramt mitteilt, ist in einem Teil unserer Gemarkung auch in diesem Jahre wieder der Kartoffelkrebs aufgetreten. — Der Oberbürgermeister Altmeyer vom hiesigen Eisenwerk, ein Herr von 67 Jahren, kam vor einigen Tagen mit dem Fuß so unglücklich unter einen Eisenbahnwagen, daß ihm der Fuß amputiert werden mußte. Altmeyer ist nun an den Folgen dieses Unfalles gestorben. — In einer Scheune auf dem Geistkirchhof bei Rohrbach fand man vor ein paar Tagen, an einem Morgen die Leiche eines alten Mannes, die schwere Kopfwunden aufwies. Der Tote war ein über 70 Jahre alter Mann, der sich bettelnd und auch als Hausierer in der Gegend herumtrieb, mit Namen Normbeer. Die Leiche wurde nach einer gerichtlichen Obduktion gestern mittag auf dem hiesigen Friedhof beerdigt. Ob der Tod durch einen Sturz verursacht, oder ob ein Verbrechen vorliegt, wird die nähere Untersuchung ergeben.

Blieskastel. Die von den Erben H. angelegte Versteigerung des Wein- und Geschäftshauses war ergebnislos. Das Höchstangebot belief sich auf 80 000 Franken. Bei diesem Betrage wurde der Zuschlag nicht erteilt.

Mittelberbach. Der Gemeinderat entschied sich bei Anwesenheit von 23 Mitgliedern mit 15 gegen 8 Stimmen für die Neueinstellung eines Berufsbürgermeisters.

Saßloch. Der Reitschulbesitzer Weiler wollte abends in Begleitung von noch zwei Herren einen um 12 Uhr mit dem Zuge von Neustadt kommenden Besuch abholen. In der Bahnhofstraße begegnete ihnen in angetrunkenem Zustande ein gewisser K. Schefel von hier. Sch. belästigte die drei Herren mit Schimpfwörtern; diese wiesen ihn aber ab. Die drei Herren holten dann ihren Besuch, eine Dame, ab. Auf dem Rückweg vom Bahnhof wurden sie von Sch. überfallen. Er schoß ohne jede Bemerkung blindlings auf die vier Personen. Die Dame erhielt einen Augen- und einen Kopfschuß. Die Verletzungen sind so schwer, daß am Aufkommen der Dame gezweifelt wird. Auch einer der Herren wurde durch einen Schuß erheblich verletzt. Der Täter wurde in der Nacht noch verhaftet.

Eine heftige Kur für den Französling Zell. Nach einer Meldung des Pariser „Journal“ sollte der frühere Seminar- und Direktor von St. Wendel, Dr. Zell, der angeblich wegen französischer Gefühle im Saargebiet zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde und dann nach Lothringen flüchtete, dort durch einige Saardeutsche, die über die Grenze gekommen wären, überfallen und schwer verletzt worden sein. Nach einer Darstellung der „Forbacher Bürgerzeitung“ soll der Überfall von Hakenkreuzlern ausgeführt worden sein.

Zu dieser Sache ist zu bemerken, daß die Verurteilung des homosexuell veranlagten Dr. Zell i. Zt. bekanntlich nicht wegen Franzosenfreundlichkeit, sondern wegen Sittlichkeitsvergehens nach § 175 St. G. B. erfolgte. Zell entzog sich der Strafe durch die Flucht nach der Schweiz. Später lehrte er nach Lothringen zurück und ist zurzeit bei der „Forbacher Bürgerzeitung“ tätig. Nach einer Meldung der „Saarbrücker Zeitung“ setzte Zell sein Treiben unter jungen Leuten in Rosseln, das bekanntlich halb im Saargebiet und halb in Lothringen liegt, fort. Bei einem zufälligen Überstreiten der saarländischen Grenze am 16. September fiel er jungen Bergleuten, an denen er sich früher zu vergehen versucht hatte, in die Hände und wurde von diesen jungen Leuten so durchgeprügelt, daß er in das Forbacher Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Mär von den Hakenkreuzlern entspringt sehr durchsichtigen Motiven.

Personalnachrichten.

Ingenieur Paul Burger sen. in Saarbrücken ist vor wenigen Tagen gestorben. Wenn auch nicht in Saarbrücken geboren, so war er doch durch beinahe 50jährige Tätigkeit mit dem Saargebiet eng verwachsen. Der Umbau des gewaltigen Saarbrücker Güterbahnhofes, zu dessen Erweiterung die Abtragung und der Abtransport von Millionen Kubikmetern Erde und Felsgestein nötig war, ist in der Hauptsache sein Werk. Bahn-, Kanal- und Brückenbauten im Rheintal und seinen Seitentälern, im Saargebiet, Elz-Lothringen und so manchen deutschen Landen gaben seiner unermüdblichen Tatkraft jahrzehntelange Beschäftigung. Daneben widmete er sich dem Hüttenbau. Die Karlsütte in Diedenhofen half er erbauen, desgleichen das hiesige Gußstahlwerk. Zahlreiche Arbeiten auf der Burbacher und Böllinger Hütte sind mit seinem Namen verknüpft. In Baumholder bei Oberstein schuf er vor 25 Jahren die seinen Namen tragende Steinindustrie, deren Erzeugnisse weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt geworden sind. Nach außen trat Paul Burger wenig hervor. Er liebte es nicht, in der Öffentlichkeit eine Rolle zu spielen. Sein Dasein galt rastloser Arbeit, nie hing sein Herz am Gelde. Die Arbeit war ihm Selbstzweck. Aber in der Stille hat er manchem geholfen, manchem aufstrebenden Talente die Wege geebnet. Seinen oft Tausenden von Arbeitern war er ein gütiger und gerechter Arbeitgeber. Im Kriege gab er den größten Teil seines Vermögens dem Vaterlande. Nun ruht er, ein Wormser Lehrersohn, nach bald achtzigjährigem Erdenwallen in Saarbrücker Erde, die er zum ersten Male 1870 in jenen glühenden Augusttagen als freiwilliger Krankenpfleger betrat, als es galt, die Toten Spicherns zur Ruhe zu bestatten. Ein echter deutscher Ingenieur ruht aus von den Mühen seines arbeitsreichen Lebens.

Mutter Regina vom Kollegium der Ursulinen-Schule in Saarbrücken ist im Alter von 43 Jahren gestorben. Sie war eine vorbildliche Lehrerin und Erzieherin. Ihre Arbeitskraft, ihre Pflichttreue, vor allem aber ihre Herzensgüte waren unermüdblich und unerschöpflich. Zehn Jahre war sie in der Anstalt tätig, und ihre Schülerinnen denken mit großem Dank zurück an den Reichtum von Wissen und Lebensweisheit, den sie ihnen vermittelt hat. Das Kloster verliert in ihr eine unschätzbare Kraft, das ganze Kollegium eine liebe, hochgeachtete Mitarbeiterin. Wie sehr Mutter Regina mit ganzer Seele an ihrer Erzieherarbeit hing, beweist die wahrhaft heroische Willenskraft, mit der sie trotz tödlicher Krankheit sich aufrecht hielt, um ihre geliebte erste Lyzeumsklasse zu Ende führen zu können. Als aber ihre muntere Schar froh und sorglos ins lockende Leben hineinhüpfte, da brachen ihre Kräfte jäh zusammen.

Kirchliche Personalsnachrichten. Es wurden ernannt: zum Definitor des Dekanates Sulzbach der Pfarrer von Dudweiler, Joseph Rauch; Kaplan Friedrich Kreuz von Saarbrücken-Malsstatt zum Pfarrer von Bedersdorf; der Kaplan Gottfried Schmitz zu Böllingen zum Pfarrer von Münchswies; Direktor Wilhelm Spurt von der Diözesananstalt Hellenberg zum Pfarrer von Merzig; Pfarrer Karl Lopp zu Illerich zum Pfarrer von Lauterbach; Direktor Johann Feldges vom Caritas-Verband zu Saarbrücken zum Pfarrer zu Limbach. Es wurden übertragene: dem Pfarrer von Groß-Rosseln, Karl Francois, die Verwaltung der Pfarrei Lauterbach. — Anweisungen erhielten Kaplan Wilhelm Wagner zu Saarbrücken 1 als Caritasdirektor zu Saarbrücken; Kaplan Paul Kiefer zu Herdorf als Kaplan zu St. Wendel.

Zu Präsidenten der Jugend- und Jungmännervereine wurden ernannt: Kaplan Jakob Benz in Geislauren; Kaplan Dr. Konrad Mallmann in Einzig; Kaplan Gerhard Scherer in Elversberg; Kaplan Philipp Müller in Espelen; Kaplan Joseph Wiegand in Quirich; Kaplan Nikolaus Demmer in Groß-Rosseln; Kaplan Aloys Loew in Neunkirchen, Herz-Jesu; Kaplan Heinrich Spinneweber in Wadgassen.

Todesanzeigen. Saarbrücken: Karl Edinger jun., Peter Bach, 49 Jahre; Zimmermeister Nikolaus Hört, 66 Jahre; Ludwig Mäurer sen.; Frau Elise Schneider, geb. Christmann, 22 Jahre; Max Gronert, 45 Jahre; Paul Rademacher, 51 Jahre; Frau Anna Maria Thürewächter, geb. Heintz, 40 Jahre; Peter Kupp, 35 J.; Bankbeamter Ernst Illies; Feilenhauermeister Georg Hoffmann, 64 Jahre; Friedrich Kräuter, 28 Jahre; Maria Masson, 19 Jahre; Drechslermeister Karl Pabst, 51 Jahre; Frau Margarete Jungfleisch, geb. Berrang, 60 Jahre; Kurt Boog, 18 Jahre; Karl Ries; Frau Käthe Siebisch, geb. Kösterich, 48 Jahre; Philipp Kühn, 60 Jahre. — Gersweiler: Frau Antonia Schmitz, geb. Grein, 73 Jahre. — Niegelsberg: Frau Wwe. Philipp Berndt, Maria geb. Paul, 70 Jahre. — Büttlingen: Fräulein Jeanette Ries. — Altenwald: Friedrich Herold, 60 Jahre. — Hülzweiler: Frau Bürgermeisterin Philippa Philipp, geb. Gertrud Stein. — Renssach: Peter Schmitt, 88 Jahre. — Neunkirchen-Saar: Jakob Hollinger, 58 Jahre; Frieda Auguste Böhme, geb. Clos, 26 Jahre; Kaufmann Ernst Deuster; Frau Karoline Hertel, geb. Müller, 45 Jahre; Frau Wwe. Franz

Trapp, 77 Jahre; **Frau Wwe. Johannette Hanau**, geb. Koblenz, 81 Jahre; **Philipp Maus**, 76 Jahre; **Joseph Marx**, 44 Jahre. — **Wiebelskirchen**: **Bergmann Friedrich Lemmes**, 59 Jahre; **Anna Gillmann**, 30 Jahre; **Frau Wwe. Friedrich Wilhelm Elsner**, Wilhelmine geb. Harig, 71 Jahre; **Wilhelm Schwenker**; **Henne Blech**, 14 Jahre; **Philippine Kennel**, geb. Morgenstern, 70 Jahre; **Bergmann Wilhelm Fischer**, 48 Jahre; **Frau Karoline Schmelzer**, geb. Mayer, 57 Jahre. — **Böblingen**: **Willy Goubeaud**, 42 Jahre; **Peter Dernecker jun.**, 39 Jahre; **Kaufmann Hans Tressel**, 33 Jahre. — **Dillingen**: **Frau Paula Reinhardt**, geb. Grandmontage, 35 Jahre. — **Niedersalbach**: **Ludwig Scherer**, 78 Jahre. — **Saarlouis**: **Frau Ignaz Bittschau**, Elise geb. Kopp, 40 Jahre. — **Wallerfangen**: **Frau Anna Müller**, geb. Troisième, 72 Jahre. — **Mettlach**: **Frau Ludwig Moriz**, Margarete geb. Marchand, 76 Jahre. — **St. Ingbert**: **Brauereibesitzer Georg Becker**; **Ludwig Mann**, 32 Jahre. — **Homburg**: **Frau Rosa Gilgen**, geb. Neumar, 41 Jahre; **Peter Edes**, 75 Jahre.

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr. Mit dem 20. September sind neue Bestimmungen für den kleinen Grenzverkehr an der Grenze gegen das Saargebiet in Kraft getreten. Eine vom Landesfinanzamt Köln erlassene Bekanntmachung gibt hierzu eine Zusammenfassung aller derjenigen Erleichterungen, die die zuständigen Reichsbehörden bei der augenblicklichen Lage glauben gewähren zu können. Nach Auffassung der Reichsregierung war eine andere als die nunmehr getroffene Teillösung unmöglich, da für die Verwirklichung der aus dem Saargebiet gestellten Anträge ein Reichsgesetz notwendig gewesen wäre. Daß die Reichsregierung eine reichsgesetzliche Regelung aber solange nicht vornehmen will und kann, als die schwebenden Verhandlungen der deutsch-saarländisch-französischen Grenzrechtskommission noch nicht zum Abschluß gekommen sind, dürfte verständlich sein. Unter diesen Umständen bleibt, so hart es auch für die beteiligten saarländischen Wirtschaftskreise der Grenzbezirke ist, nichts anderes übrig, als auf einen baldmöglichen Abschluß der Verhandlungen der Grenzrechtskommission zu hoffen. Die Handelskammer wird sich für Beschleunigung der nun seit vielen Monaten schwebenden Verhandlungen der Grenzkommission einsetzen.

Die saarländische Glasindustrie ist jetzt dabei, ihre Umstellung vom Handbetrieb zum Maschinenbetrieb durchzuführen. Von dieser Maßnahme wird ein großer Teil der bisher in der saarländischen Glasindustrie beschäftigten Arbeiter betroffen. Mit dem 1. Oktober ds. Js. wurden insgesamt 600 Arbeiter entlassen, die auf der Bopeliuschen Glashütte und auf der Aktien-Glashütte St. Ingbert beschäftigt waren. Für einen großen Teil der zur Entlassung gekommenen Arbeiter besteht keine Möglichkeit, in anderen Betrieben unterzukommen. Die Stadt St. Ingbert hat mit Rücksicht auf die arbeitslos gewordenen Glasarbeiter verschiedene größere Arbeiten, Erdbewegungen usw. bis nach dem 1. Oktober zurückgestellt, um diese Arbeitskräfte nicht ganz der Erwerbslosenfürsorge zufallen zu lassen. In einer Stadtratssitzung in St. Ingbert sprach der Bürgermeister die Erwartung aus, daß die Arbeitslosenversicherung im Saargebiet möglichst bald eingeführt werde, um Industriestädte wie St. Ingbert vor größerem Schaden zu bewahren.

Die luxemburgische Viehausfuhr nach dem Saargebiet. Die luxemburgischen Konsumentenverbände bzw. der Privatbeamtenverband protestierte bei der luxemburgischen Regierung gegen die Ausfuhr luxemburgischen Schlachtviehes ins Saargebiet, wodurch angeblich die inländische Fleischverfeuerung noch verschärft wird. Es ist bis jetzt noch nicht bekannt, ob die Regierung die Ausfuhr von Vieh und Kartoffeln ins Saargebiet unterbinden wird oder nicht.

Verbandsgründung. Der vom Veteranen-Verein Neunkirchen ausgehenden Anregung, die bis jetzt im Saargebiet gegründeten Veteranenvereine bzw. Vereine ehemaliger deutscher Soldaten in einen Verband zusammenzuschließen, hatten eine große Zahl Vereine Folge geleistet, so daß der Saal des Hotel Halberg am Sonntag nachmittag dicht besetzt war. Der Vorsitzende des Veteranen-Vereins Neunkirchen, Hoos, eröffnete die Versammlung. Nach kurzen einleitenden Begrüßungsworten ging derselbe auf den Zweck der Versammlung ein und betonte, daß es zwecks Vertretung der gemeinsamen Interessen unbedingt notwendig sei, die bis jetzt im Saargebiet bestehenden Veteranenvereine bzw. Vereine ehemaliger deutscher Soldaten zu einem Verbande zusammenzuschließen. Der Verband soll den Namen **Verband der Kriegervereine im Saargebiet**, Sitz Neunkirchen, führen und soll dem Preussischen bzw. Bayerischen Landeskriegerverband und dem Roffhäuserbund beitreten. Nach kurzer Aussprache, an welcher sich die Vertreter der Vereine von Neunkirchen, Wiebelskirchen, Ottweiler, Spiesen, Heiligenwald, Bilsdorf, Friedrichsthal, Altenwald und Sulzbach beteiligten, wurde einstimmig die Gründung des Verbandes der Kriegervereine im Saargebiet beschlossen. Die hierauf erfolgte Wahl eines vorläufigen geschäftsführenden Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt die

Herren **Hoos-Neunkirchen** zum 1. Vorsitzenden, **Schulze-Sulzbach** zum 2. Vorsitzenden, **Gotthold-Neunkirchen** zum 1. Schriftführer, **Schmidt-Spiesen** zum 2. Schriftführer, **Herrmann-Ottweiler** zum 1. Kassierer und **Vorscheider-Altenwald** zum 2. Kassierer. Als Beisitzer gingen aus der Wahl hervor die Herren **Fries-Sulzbach**, **Schaller-Friedrichsthal**, **Conrad-Neunkirchen**, **Ries-Bilsdorf**, **Pfleger-Sulzbach**, **Minn-Ottweiler** und **Schwarz-Heiligenwald**. Zu einer eingehenden Beratung des vorgelegten Satzungsentwurfs schritt man auf wiederholten Antrag nicht, um den einzelnen Vereinen zunächst Gelegenheit zu geben, diesen Satzungsentwurf in eigenen Reihen durchzusprechen. Die Satzungen sollen in einer im Laufe des Monats November wieder in Neunkirchen stattfindenden Versammlung genehmigt werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch der Vorstand endgültig gebildet werden. In der Zwischenzeit soll eine rege Werbetätigkeit entfaltet werden, einerseits um die schon bestehenden Vereine diesem zuzuführen, andererseits um alte Vereine wieder aufleben zu lassen oder Neugründungen vorzunehmen, so daß man in der kommenden Versammlung im November mit einem das ganze Saargebiet umfassenden Verbande auf den Plan treten kann. Zum Schluß der anregend verlaufenen Versammlung wurde noch beschlossen, Herrn **Fries-Sulzbach** bei dem am 17. und 18. Oktober in Leipzig stattfindenden Reichskriegertag mit der Vertretung des neugegründeten Verbandes zu beauftragen.

Verkehr.

Eine Autoverbindung zwischen dem Saargebiet und Baumholder ist nach langen Verhandlungen zwischen der deutschen Reichspost und der Saarregierung zustande gekommen. Es handelt sich um eine Verbindung Baumholders mit dem im Saargebiet liegenden St. Wendel. Mit Ausnahme der Sonntage fährt ein Auto täglich, an drei Tagen verkehren zwei Autos. Die Autolinie ist so gewählt, daß alle Orte zwischen Baumholder und der Saargebietsgrenze sich ihrer bedienen können, um mit der ehemaligen Kreishauptstadt St. Wendel bequem in Verbindung zu treten. Einem längst gehegten Wunsche der durch die Teilung des Kreises St. Wendel getrennten Bevölkerung ist damit Rechnung getragen worden. Waren doch gerade die Orte zwischen Baumholder und der Saargebietsgrenze vor allem in wirtschaftlicher Beziehung von jeher auf St. Wendel angewiesen. Schon beginnen sich auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu St. Wendel, soweit es Machtpruch und Zoll erlauben, günstiger zu gestalten. Vor allem ist es aber die Arbeiterschaft, die durch die Autoverbindung am meisten begünstigt werden kann. Allerdings wird es notwendig sein, für die Arbeiter wesentlich ermäßigte Preise festzusetzen, da die hauptsächlich auf den Eisenwerken und Kohlengruben des Saargebiets beschäftigten Arbeiter von Baumholder auf Frankfurterdienst angewiesen sind.

D-Zug Saarbrücken-Mannheim. Die D-Züge 115 Saarbrücken ab 11.55 Uhr und 116 Saarbrücken an 16.53 Uhr, die nur bis zum 3. Oktober d. J. verkehren sollten, werden auch im Winterfahrplan (ab 4. Oktober) gefahren, und zwar als Eizüge in denselben Plänen zwischen Saarbrücken und Mannheim.

Vom „Bund der Saar-Vereine“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

□ Der Berliner Ortsgruppe des Bundes der Saar-Vereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ist für die vortreffliche Aufnahme und Bewirtung der Schulkinder aus Saarbrücken ein Dankschreiben zugegangen, in welchem es heißt: „Glücklich sind die Kinder der Stadt Saarbrücken, welche am 7. und 8. September in Berlins Mauern weilten, in die Heimat zurückgekehrt. Wenn ihnen, wie ihren Vorgängern, wieder so vieles in der Hauptstadt und ihrer Umgebung geboten wurde, wenn sie voller Eindrücke zurückgedenken dürfen und ihr vaterländischer Geist sich erheben mußte an jedem Patrioten heiligen Orte, so darf sich der Saarverein auf sein Aktivkonto die Ehre schreiben. Es ist ganz selbstverständlich, daß ohne die aufopfernde Hilfe der Damen und Herren des Saarvereins so vieles nicht geschaut worden wäre, ohne die Beziehungen des Saarvereins hätten sich Türen und Tore nicht so schnell geöffnet, wären die Spitzen der Behörden nicht in eigener Person erschienen, um die Kinder zu begrüßen. Dafür sprechen wir für die Kinder herzlichen Dank aus, zugleich damit die Bitte verbindend, allen den Damen und Herren, die so hilfsreich und gastfrei waren, den Dank der Kinder zu übermitteln. Allen Damen und Freunden treu-deutschen Saargruß.“

Saar-Verein Hamburg E. V. Nachdem wir in den Monaten Juli und August in Anbetracht der Ferien- und Reisezeit nur je einen Stammtischabend abgehalten haben, veranstalteten wir am Mittwoch, den 2. September, auf Veranlassung der Frau von Pustau von der Frauenortsgruppe Hamburg des Vereins für das Deutschtum im Auslande, und unterstützt durch den Deutsch-Evangelischen Frauenbund und den Verein für Ferienaufenthalt für die 50 Saarkinder, die zur Erholung hier in Hamburg weilten,

ein gemeinsames Nachmittagsvergnügen. Die Kinder, die in einzelnen Familien über das ganze Hamburger Gebiet verteilt sind, wurden zuerst mit Autobussen durch Hamburg gefahren, machten sodann eine Hafenrundfahrt und wurden endlich in die Alsterlust geführt, wo ihnen der Kaffeetisch festlich gedeckt war. Mit strahlenden Gesichtern setzten sich die Kinder um den Tisch, und bald herrschte ein fröhliches kindliches Treiben bei Schokolade, Kuchen und Eis, während ringsherum an kleinen Tischen die freundlichen Pflegeeltern der Kinder und die Mitglieder der einzelnen Vereine Platz genommen hatten. Frau v. Pustau sprach sodann in freundlichen Worten zu den Kindern, indem sie zunächst ihrer Freude Ausdruck gab, daß den Kindern der Hamburger Aufenthalt so gut bekomme, woraus die treue Fürsorge der Pflegeeltern so recht zu erkennen sei. Sie ermahnte die Kinder, diese Fürsorge mit Dankbarkeit zu vergelten und ihre Hamburger Zeit in guter Erinnerung zu behalten, und bat sie, zu Hause immer daran zu denken, daß hier im großen deutschen Vaterlande viele sind, die ein offenes Herz für die Not der Saarbewohner hätten und immer bereit wären, ihnen zu helfen. Das sollten sie zu Hause auch ihren Eltern sagen. Zum Schluß ermahnte sie die Kinder, nie ihre deutsche Heimat zu vergessen und, wenn sie erst groß seien, gleich ihren Eltern dem deutschen Mutterlande die Treue zu bewahren. Auf die mit großer Begeisterung aufgenommenen Worte der Frau v. Pustau begrüßte Herr Max Seyffarth, der Vorsitzende des Saar-Vereins Hamburg e. V., die Kinder im Namen der Hamburger Saarländer, wobei der saarländische Dialekt, in dem er sprach, von den Kindern mit heller Freude aufgenommen wurde. Er gab zunächst der Freude des Saar-Vereins Ausdruck, hier einmal etwas für die geliebte Saarheimat getan haben zu können, und sprach sodann im Namen der saarländischen Brüder und Schwestern sowohl den Pflegeeltern als auch vor allem Frau v. Pustau den herzlichsten Dank für die Aufnahme und die treffliche Fürsorge der Kinder aus. Die Kinder sangen darauf gemeinsam das Lied „Saar-ich-wur“, das so wichtig die Treue der Saarbewohner zum deutschen Mutterlande zum Ausdruck bringt und mit dem Vers endigt:

Ihr Himmel hört, jung Saarnvolk schwört:
— Laßt uns es in den Himmel schrein —
Wir wollen niemals Welsche sein,
Nie Welsche sein, nie Welsche sein!

womit die kleine Feler einen erhebenden Abschluß nahm. Am 9. September fand sodann im Kaiser Keller unsere Monatsversammlung statt, bei der Herr Diplom-Volkswirt G. Eilenbeis einen Vortrag über „die französischen Schulen im Saargebiet“ hielt. Am 22. September fand im Kaiser Keller ein Stammtischabend statt, der recht gut besucht war und sehr gemütlich verlief.

Die Ortsgruppe Hannover des Bundes der Saar-Vereine hat an den Magistrat der Stadt Hannover folgende Eingabe gerichtet: Unsere Zentralleitung, die Geschäftsstelle des Bundes der Saar-Vereine in Berlin, hat bei den Ortsgruppen angeregt, mit den einzelnen städtischen Verwaltungen dahingehend in Verbindung zu treten, daß bei der Neuzeichnung von Straßen eine Straße nach dem Saargebiet beispielsweise „Saarbrüderstraße“ oder „Saarstraße“ benannt wird. Wenn wir darauf hinweisen dürfen, daß das Saargebiet mit seiner treudeutschen Bevölkerung auf Grund der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages bis zu dem im Jahre 1935 stattfindenden Abstimmungs termin, vom Deutschen Reiche losgelöst und dem Völkerbunde als Treuhänder des Deutschen Reiches unterstellt worden ist, und wenn wir weiter der von dem Völkerbund zur Verwaltung des Landes eingesetzten, vollkommen französisch orientierten Regierungskommission und ihrer offen zutage liegenden französischen Annexionspolitik Erwähnung tun dürfen, dann dürfte in einer auf das Saargebiet hindeutenden Straßenbezeichnung u. d. zw. zweifellos die feste Willensäußerung der betr. Stadtverwaltung liegen, unentwegt an der Deutscherhaltung des Saargebiets festzuhalten. Eine derartige Maßnahme birgt aber auch die gewiß für die Saargebietsbewohner wohlthuende Tatsache in sich, daß sie von den Brüdern und Schwestern im unbesetzten Gebiet nicht vergessen sind. Der glänzende Verlauf der diesjährigen Saarbundstagung in Hannover und die unverkennbare freudige Anteilnahme der ganzen Bevölkerung Hannovers an dieser bedeutenden Kundgebung, die ja auch in so wohlwollender Weise seitens der Stadt Hannover unterstützt worden ist, läßt uns hoffen, daß unsern Antrag: „Der Magistrat wolle mit nächstem beschließen, einer hiesigen Straße eine auf das Saargebiet hindeutende Bezeichnung zu geben,“ eine wohlwollende Behandlung zuteil werden wird.“

Ortsgruppe Leipzig des Bundes der Saarvereine. Zum ersten Reichskriegertage, welcher am 17. und 18. Oktober d. J. in Leipzig stattfindet, haben sich aus dem Saargebiet über 300 Krieger, welche unter Führung

des Herrn Pfarrers Halle daran teilnehmen wollen, gemeldet. Der Saar- und Pfalz-Verein in Leipzig, eine Ortsgruppe des Bundes der Saar-Vereine, beabsichtigt, den Kriegern aus dem Saargebiet ihrer treudeutschen Haltung wegen anläßlich dieser Tagung eine besondere Ehrung zu bereiten, und zwar sowohl beim Empfang, als auch beim Festzug am 18. Oktober. Nach einer Mitteilung des Festausschusses werden die Krieger aus dem Saargebiet sowohl im Festzug, als auch bei der Feier am Völkerschlagdenkmal einen Ehrenplatz erhalten, damit durch diese Ehrungen das Saargebiet wieder in den Vordergrund gerückt wird und den wohl über 200 000 Teilnehmern des Reichskriegertages die Bedeutung des deutschen Saargebiets vor Augen geführt wird. Die Begrüßungsansprache bei der Ankunft auf dem Augustusplatz hat der Vorsitzende des Saar- und Pfalz-Vereins in Leipzig, Herr Oberingenieur Sester, übernommen. Bei dem Begrüßungskonzert im großen Saale des Kaufmännischen Vereinshauses, welches am Sonnabendabend stattfindet und bei welchem eine Kapelle aus dem Saargebiet spielen wird, wird der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, auf besonderen Wunsch der Leipziger Ortsgruppe die Begrüßungs- und Festansprache halten. Jedenfalls dürfen die aus dem Saargebiet kommenden Teilnehmer des Reichskriegertages versichert sein, daß sich ihre in der Leipziger Ortsgruppe zusammengeschlossenen Landsleute ihrer in Liebe und Dankbarkeit annehmen werden.

Ortsgruppe Weimar des Bundes der Saarvereine. Am Sonnabend, den 12. September fand die monatliche Versammlung der Ortsgruppe statt, die erfreulicherweise sehr stark besucht war. Die Tagesordnung, die unter anderem einen Vortrag des Herrn Studienrat Bickelmann über „Epichern“ vorsah, wurde folgendermaßen erledigt: Der Vorsitzende verlas das Protokoll und übergab dann dem Verein die Tisch-Standardie, die unserem Samstag-Abendstisch schmücken wird. Besonderer Dank wurde den ungenannten Spendern vom Vorsitzenden, sowie von den Anwesenden gezollt. An dieser Stelle sei den ungenannten Spendern, die sich der liebevollen Mühe unterzogen haben, dem Verein eine schöne Tischzierde zu widmen, nochmals herzlich gedankt. Durch einen sehr schönen und fesselnden Vortrag über die Kämpfe bei Epichern hat Herr Studienrat Bickelmann manche alte liebgewordene Erinnerung wachgerufen. Einzelheiten würden zu weit führen. Alle lieben ihm ein williges Ohr und gebührt ihm an dieser Stelle besonderer Dank. Zu den Mitteilungen der Geschäftsstelle wurde Stellung genommen. Es wurde beschlossen, daß jeder einzelne seine freie Zeit zur Werbung benutzt, um den „Saar-Freund“ an Bekannte und öffentliche Anstalten weiter zu geben. 25 Mitglieder haben durch Namensunterschrift den Bezug des „Saar-Freund“ ab 1. Oktober bestätigt. Auf die anderen Mitglieder soll eingewirkt werden, daß jeder den „Saar-Freund“ beziehen muß, um auf diese Art „Werbestoff“ für die Ortsgruppe zu erhalten und Nichtsaarländer für unsere Sache zu interessieren. Eine Kartei soll angelegt werden, jedoch fielen beim Lesen dieses Absatzes kernige, derbe Worte und alle Mitglieder glauben an eine Wiederkehr nach der Heimatsscholle vor 1935. Der Vorsitzende legte nochmals jedem warm ans Herz, für die Verbreitung des „Saar-Freund“ zu sorgen und schloß um 11 Uhr die Versammlung. Bei einem Glase Bier, dem auch die anwesenden Frauen gut zusprachen, verweilte man noch einige Zeit und Heimatwitz und Humor sorgten reichlich für Unterhaltung.

Saar-Verein, Ortsgruppe Dortmund. Nachdem der erste Vorsitzende Herr Dr. Weise die zunächst mäßig besuchte Versammlung am 13. September 1925 um 5¼ Uhr eröffnet und einen neu aufgenommenen Landsmann herzlich begrüßt hatte, wird die vom Landsmann Ost verfasste und verlesene Niederschrift über die letzte Monatsversammlung genehmigt. Der Vorsitzende gibt Kenntnis von einem Schreiben der Geschäftsstelle betreffend Lichtbildervortrag, wozu beschlossen wird, diesen Lichtbildervortrag für November zu entleihen. Die weitere Bekanntgabe des Schreibens der Geschäftsstelle betreffend Saarländerbuch löst eine angeregte Aussprache über diesen Gegenstand aus. Es wird beschlossen, eine Sammlung von Liedern zu der nächsten Versammlung in Vorschlag zu bringen, um sie nach Berlin weiterzugeben. Das sodann zur Sprache gebrachte Schreiben der Geschäftsstelle betreffend Zahlung eines Zuschusses zu den Unkosten von Karlsruhe findet keinen Anklang in der Versammlung, die auf dem Standpunkt steht, daß derartige Feste so gefeiert werden müssen, daß Einnahmen und Ausgaben balancieren. Es soll der Geschäftsstelle mitgeteilt werden, daß in unserer Kasse wegen Nichteinganges von Beiträgen während der Besetzung keine Mittel vorhanden sind, um einen Zuschuß leisten zu können. Herr Dr. Weise bringt hierauf eine Einladung des Ostbundes zur Fahnenweihe am Sonntag, den 20. d. M., zur Verlesung. Herr Berckessel befürwortet warm die Beteiligung der hiesigen Ortsgruppe, zu der die Mitglieder durch Karte eingeladen werden sollen. Es wird weiter beschlossen, zu der Fahnenweihe einen Fahnen nagel, dessen Beschaffung Herrn Berckessel überlassen und mit der Ueberreichung beauftragt wird, zu stiften. Nachdem Herr Dr. Weise noch das Schreiben der Geschäfts-

stelle betreffend Werbung für den „Saarfreund“ zur Kenntnis gegeben hat, wird der offizielle Teil um 7 Uhr geschlossen und die Leitung für den gemütlichen Teil dem Herrn Zehle übertragen. Die Versammlung wurde durch eine Anzahl herrlicher Lieder des Dortmunder Soloquartetts erfreut, dem Herr Zehle den Dank der Versammlung aussprach. Im Laufe des Abends trug Herr Kasalst noch verschiedene humoristische Sachen vor, welche zur Erheiterung der Versammelten beitrugen. Die Anzahl der Erschienenen hatte sich inzwischen so erfreulich vergrößert, daß der Saal fast völlig gefüllt war.

§ Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Bochum und Umgegend. Die Ortsgruppe hielt am 13. cr., 4.30 Uhr nachmittags, im Kleinen Saale der Bürgergesellschaft ihre Monatsversammlung ab. Der Besuch war trotz des schlechten Wetters erfreulicherweise sehr rege. Durch Vermittlung der in der ersten Versammlung eingetretenen Mitglieder war es möglich, 20 Neuaufnahmen zu tätigen. Mit einem Vortrage über Zweck und Ziele des Bundes der Saarvereine wurde die Versammlung von dem 1. Vorsitzenden unter freundlicher Begrüßung eröffnet. Durch einstimmigen Beschluß der Mitgliederversammlung wurde das Lokal „Bürgergesellschaft“ als ständiges Vereinslokal bestimmt. Es sollen jedoch die Landleute, welche selbst Wirtschaft haben und Mitglied sind, bei Veranstaltungen berücksichtigt werden. In lobender Anerkennung gedachte der 2. Vorsitzende, Herr Christ, den Verdiensten des Mitgliedes und Wirtes Herrn Strauch, Bochum, Hattlinger Straße 103. Herr Christ bedauerte es, daß das Lokal von Herrn Strauch für unsere Zwecke zu klein ist, schlägt aber vor, ab und zu Vorstandssitzungen oder kleinere Zusammenkünfte bei Herrn Strauch abzuhalten. Diesem Wunsche wird allgemein zugestimmt. Es wurde ferner beschlossen, Mitgliedsbücher und Vereinsabzeichen zu beschaffen, um ganz besonders durch Anlegung der Abzeichen als äußeres Zeichen die Zusammengehörigkeit zum Bunde der Saarvereine zum Ausdruck zu bringen. Es sollen in Zukunft nur solche Mitglieder zugelassen werden, die im Besitze eines Mitgliedsabzeichens bzw. in der Mitgliederliste eingetragen sind. Sämtlichen Anwesenden wurde empfohlen, stets und ständig Mitglieder zu werben zur Schaffung einer starken Organisation, da unsere Ziele im Bund der Saarvereine von weittragender Bedeutung sind. Die Bundeszeitung „Saarfreund“ wurde allen Anwesenden warm und eindringlich empfohlen. Anmeldungen von Mitgliedern und Bestellungen des „Saarfreundes“ nimmt entgegen H. Klemmer, Bochum, Albertstr. 31, Fernruf 938. — Als Gast war Herr Oberleutnant Simon, früher Mitglied der Ortsgruppe, jetzt in Hagen, erschienen. Es soll allmählich dazu übergegangen werden, die Öffentlichkeit mehr als bisher über das Saargebiet und die Verhältnisse dort aufzuklären. Im Anschluß an die Tagesordnung fand eine allgemeine Aussprache statt. Um 7.30 schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Bitte, stets und ständig die Interessen der Ortsgruppe, sowie der Heimat im Auge zu halten und zu wahren.

§ Die Ortsgruppe Herxheim-Dorsten des Bundes der Saarvereine ist die jüngste Ortsgruppe des letzteren; sie ist am 30. August im Lokal Hütter gegründet worden und hat sich der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in ihrer vaterländischen Aufgabe, das treudeutsche Saarvolk im schweren Kampfe um die Deutsch-erhaltung der Saarheimat zu unterstützen, zur Verfügung gestellt. In der Gründungsversammlung hielt Herr Fritz Rau, welcher sich um die Schaffung dieser neuen Ortsgruppe große Verdienste erworben hat, einen Vortrag über den Zweck und die Ziele des Bundes der Saarvereine, in welchem er auch näher auf die Kennzeichnung des im Saargebiet für französische Propagandazwecke geschaffenen Saarbundes, der natürlich mit dem im Bunde der Saarvereine zusammenge-schlossenen Ortsgruppen nicht das geringste zu tun habe, einging. In der Versammlung wurde dann die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes vorgenommen, indem zum 1. Vorsitzenden Herr Fritz Rau einstimmig gewählt worden ist. Von den Beschlüssen ist zu erwähnen, daß mit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin sofort in Verbindung getreten werden soll, um die für die Vereinsarbeit erforderlichen Drucksachen, Satzungen, Richtlinien usw. zu beziehen. Den Mitgliedern wurde sodann empfohlen, die vor-treffliche Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ von dem zu-ständigen Postamt beziehen zu wollen und es wurde darauf hin-gewiesen, daß die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auf Wunsch Post-bestellzettel für diesen Zweck zur Verfügung stellt. Das von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ herauszugebende Saarlieder-buch soll für die Mitglieder bezogen werden, gleichzeitig ist aber die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gebeten worden, den Preis möglichst gering bemessen und auch darauf Rücksicht nehmen zu wollen, daß der Ortsgruppe in Westfalen meistens Vergleute an-gehören, die zurzeit finanziell sehr schlecht gestellt seien, so daß sie die größte Sparsamkeit obwalten lassen müssen. Die Geschäfts-stelle „Saar-Verein“ wird, wie sie der Ortsgruppe mittlerweile mitgeteilt hat, sehr gern diesem Wunsche Rechnung tragen und auch sonst alles tun, um der Ortsgruppe in Westfalen in jeder

Weise entgegen zu kommen. Der jüngsten Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine wünschen wir auch an dieser Stelle für die weitere Entwicklung das Beste.

§ Saarverein, Ortsgruppe Duisburg. Nach fast dreijähriger gezwungener Pause hat unsere Ortsgruppe ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Aus diesem Grunde hatte der Vorstand am 20. Sept. d. J. im Gasthaus „Reichhof“ hier eine Vollver-sammlung einberufen, die sich eines guten Besuches er-freute. An Stelle des seinerzeit verstorbenen 1. Vorsitzenden Herrn Jacob wurde Herr Kreis jr. gewählt. In einer kurzen Ansprache dankte Herr Kreis für das ihm entgegenge-brachte Vertrauen und forderte alle Saarfreunde auf zur regen Mitarbeit für den weiteren Ausbau der Vereinsziele und -be-strebungen.

Der Saarbrüder Postgesangsverein in Darmstadt und Frank-furt a. M. Zu Ehren des anwesenden Saarbrüder Postgesang-vereins hatte der Reichsverband deutscher Post- und Telegraphen-beamten, Ortsgruppe Darmstadt, in Verbindung mit der Darm-städter Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine in sämtlichen Räumen des Städtischen Saalbaues einen Begrüßungs-a-bend veranstaltet, der einen außerordentlich zahlreichen Besuch aus allen Kreisen der Darmstädter Bevölkerung aufwies und einen überaus glänzenden Verlauf nahm. Am Bahnhof wurden die Saarbrüder Sänger nachmittags bereits herzlich begrüßt. Die Vereinigten Darmstädter Sänger-Vereine hießen ihre Saar-brüder Sangesbrüder mit besonders ausgewählten Chören will-kommen und ihr Vorsitzender, Herr Bitter, fand warme Begrüßungsworte, für die der Vorsitzende des Saarbrüder Gesangsvereins herzlich dankte und seine Sänger mit dem „Saarlängergruß“ und der „Saarhymne“ antworteten. Abends hatte sich der große Saal, der herrlich geschmückt war, fast ge-füllt. Die Begrüßungsansprache hielt der erste Bezirks-vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphen-beamten, Herr Adam Schäfer. Er konnte neben den zahl-reich erschienenen Festteilnehmern auch Vertreter verschiedener Behörden und der Presse willkommen heißen. Den Saarbrüder Sängern entbot er einen besonders warmen Gruß und gelobte, dem Saargebiet ebenso die Treue zu halten wie dieses dem deutschen Vaterlande die Treue hält. Herr Dillmer, Frankfurt a. M. begrüßte die Saarbrüder Sänger namens des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ sowie der Ortsgruppe Darmstadt. Dabei überbrachte er zunächst Grüße des Leiters der Bundesgeschäftsstelle, Herrn Direktor Vogel, der es lebhaft bedauerte, an der Veranstaltung nicht persönlich teilnehmen zu können. Seinen aus dem Herzen kommenden Worten hörte man die echte, unverfälschte Liebe zur deutschen Heimat an. In lebendigen Farben gab er eine er-greifende und ausführliche Schilderung von den Leiden, Sorgen und Nöten des Saargebietes. Er schilderte weiter die unent-wegte Treue und Anhänglichkeit an das Mutterland und den unbeugsamen Willen, trotz aller Widerwärtigkeiten und Be-mühungen der Franzosen deutsch zu bleiben. Mit der Bitte, das Saargebiet ja nicht als Ausland zu behandeln, sich, wenn möglich, noch mehr als bisher um die Bevölkerung des Saargebietes zu kümmern und sich dem Saar-Verein anzuschließen, vor allem aber die deutschen Brüder und Schwestern an der Saar nicht zu ver-gessen, schloß er seine mit großem Beifall aufgenommenen Dar-legungen. In das auf das Saargebiet und das deutsche Vater-land ausgebrachte Hoch stimmten alle Anwesenden begeistert ein. Herr Präsident Lenhardt von der Oberpostdirektion Darm-stadt wies besonders auf die enge Verbundenheit des Saarge-bietes mit dem Mutterlande hin und betonte mit Nachdruck den Wert der Pflege des deutschen Gesanges. Sein Hoch galt den Saarbrüder Sängern. Von diesen dankte ihr erster Vorsitzender, Herr Bach, für den schönen, überaus herzlichen Empfang. Seine weiteren Ausführungen, die mit größtem Beifall aufgenommen wurden, waren in der Hauptsache ein Gelöbnis und eine Mah-nung; ein Gelöbnis des Saargebietes, daß es stets treu zu seinem Deutschtum halten werde, und eine Mahnung, den Bruder-zwist und Parteihader im unbefleckten Gebiet einzustellen. Im Saargebiet gäbe es in allen das Deutschtum betreffenden Fragen keine Parteiunterschiede. Im weiteren Verlauf des Abends sprachen noch eine ganze Anzahl Herren, die alle ihre Freude über die vorbildliche Haltung der Saarbevölle-rung ausdrückten und dem Saargebiet Treue gelobten, darunter für die Stadt Darmstadt Herr Stadtverordneter Herbert, für das Landesstatell Hessen Herr Postinspektor Ballmann und für die Vereinigten Männergesangsvereine Herr Bitter. Die Reden und Ansprachen waren in wunderbarer Weise von Gesangsvorträgen der Saarbrüder Sänger umrahmt, die wirklich Großartiges leisteten und dafür immer wieder stürmischen Beifall fanden, so daß sie sich zu mehreren Zugaben verstehen mußten. Ein gemütlicher Tanz, bei dem eine frohe Stimmung herrschte, beschloß die eindrucksvolle Veranstaltung, die allen Teilnehmern sicher in angenehmer Erinnerung bleiben wird. Viele neue Be-ziehungen sind zwischen der Hauptstadt des Volksstaates Hessen und dem Saargebiet angeknüpft worden. — In Frankfurt a. M. waren die Saarbrüder Sänger am nächsten Tage. Hier waren es die verschiedenen Postb-amtenorganisationen, die gemeinsam mit

dem Ortskartell Frankfurt des Deutschen Beamtenbundes aus diesem Anlaß im „Tivoligarten“ eine öffentliche Rundgebung für das Saargebiet veranstalteten. Gegen 4½ Uhr nachmittags trafen die Saarbrücker Sänger aus Darmstadt kommend ein, mit Musik und Gesang begrüßt. Herr Scholl, Ehrenvorsitzender des Postgesangsvereins, hieß die Gäste willkommen. Die Festrede wurde vom Vorsitzenden des Ortskartells Frankfurt des Deutschen Beamtenbundes, der frühere Vorsitzende des Beamtenbundes des Saargebietes, Oberpostinspektor Hugo Anschütz, gehalten. Er ging zunächst auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages ein, wonach die Bevölkerung des zurzeit vom Völkerbund verwalteten Saargebietes 1935 darüber abstimmen soll, ob die Verwaltung des Völkerbundes beibehalten, oder ob das Saargebiet an Deutschland oder Frankreich fallen will. Herr Anschütz schilderte dann vor allem die Bestrebungen Frankreichs, die Seele des Saarvolkes zu gewinnen, und den schweren Kampf, den die Saar-Deutschen für die Erhaltung ihres Deutschtums zu führen gezwungen sind. Aufgabe der deutschen Regierung sei es, dem Völkerbund und der Welt zu zeigen, welches Unrecht man dem Saargebiet durch den Versailler Vertrag angetan hat. Der Völkerbund habe die Pflicht, dieses Unrecht wieder gutzumachen. Dem Saarvolk dankte der Redner für seine treudeutsche Gesinnung, die ihren Lohn in der Wiedervereinigung mit dem Vaterlande finden müsse und werde. Musik und Gesangsvorträge gaben der Rundgebung einen würdigen Abschluß. Die glänzenden Darbietungen der Saarbrücker Sänger fanden stürmischen Beifall.

§ Südwestdeutscher Heimattag in Karlsruhe. Seit einigen Jahren findet in der schönen badischen Hauptstadt Karlsruhe alljährlich ein südwestdeutscher Heimattag statt, der wohl einzig in seiner Art ist. Bei den Vorbereitungs- und Durchführungsarbeiten ist vor allem auch die Ortsgruppe Karlsruhe des Bundes der Saarvereine unter der Leitung ihres rührigen Vorsitzenden, Herrn Neurohr, mit tätig. Aus nah und fern nahmen an der Veranstaltung teil Frauen und Männer in ihren malerischen Heimattrachten aus dem Schwarz- und Oberrhein, aus dem Frankenlande, aus der Pfalz und von der Saar. Tausende und aber Tausende eilten am 12. und 13. September nach Badens Hauptstadt, um teilzunehmen am Begrüßungs- und Unterhaltungsabend und insbesondere auch am Festzuge. Es handelte sich um Volkstage im wahrsten Sinne des Wortes. Alle Gegensätze traten zurück. Stadt- und Landbevölkerung, arm und reich machte mit und freute sich. Recht zahlreich waren in diesem Jahre auch unsere Landsleute von der Saar erschienen. Unter der Führung des St. Johanner Sängerbundes trafen sie gemeinsam ein, besonders lebhaft begrüßt von der Karlsruher Bevölkerung und den bereits anwesenden Gästen. Auch in den offiziellen Begrüßungsansprachen des badischen Staatspräsidenten Herrn Dr. Hellpach und des Karlsruher Oberbürgermeisters Dr. Finter gedachten diese mit ganz besonderer Liebe und Dankbarkeit der Saar-Deutschen, die trotz ihrer Bedrängnis in vorbildlicher Weise ihre deutsche Gesinnung hochhielten. Als Landesvertreter sprachen aus dem Schwarzwald Herr Hauptlehrer Lehmann-Gutach, aus Franken und Oberrhein Herr Professor Rüdinger-Tauberbischofsheim, aus der Pfalz Herr Verlagsdirektor Schuler-Zweibrücken und aus dem Saargebiet Herr Pfarrer Halk-Saarbrücken. Durch sämtliche Reden ging ein gemeinsamer Zug. Vor allem wurde betont, daß die große Bedeutung solcher Heimattage in der durch sie geförderten Überbrückung der Gegensätze zwischen den einzelnen Landesteilen und Volksschichten liege. Im Laufe des Unterhaltungsabends, der vielerlei Abwechslung heiterer und ernster Art brachte, kam auch Herr Redakteur Olmert, Frankfurt/M., der als Vertreter des Bundes der Saarvereine an der Veranstaltung teilnahm, zu Wort. Er begrüßte zunächst in besonderer herzlicher Weise all die erschienenen lieben Landsleute von der Saar im Namen des Bundes und der Karlsruher Ortsgruppe und schilderte dann kurz und kräftig die Kämpfe, die an der Saar für die Erhaltung des Deutschtums geführt werden mußten, und aller Wahrscheinlichkeit nach auch noch in Zukunft zu führen sind. Seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß der Redner mit einem Hoch auf die deutsche Saar und ihre treudeutsche Bevölkerung, in das die Anwesenden mit großer Begeisterung einstimmten. Glänzend war der Festzug, der vom schönsten Wetter begünstigt wurde. Da sah man Frauen und Männer in wunderbaren Trachten und die verschiedensten eigenartig und schön geschmückten Wagen usw. in großer Zahl. Obschon nur Trachtengruppen zum Festzuge zugelassen wurden, dauerte der Vorbeimarsch des Zuges doch über eine Stunde. In der 1. Abteilung marschierten unsere Saar-Deutschen, teilweise in Bergmanstracht und u. a. von einem Wagen, der einen Schachstollen darstellte, begleitet. In allen Straßen wurden sie mit großem Jubel begrüßt. Ein wahrer Blumenregen überschüttete sie andauernd. Gegenstand ganz besonderer Aufmerksamkeit war der St. Johanner Sängerbund, der unter der bewährten Leitung des Herrn Musiklehrers Hinkelberger das Herz der Karlsruher schon im vorigen Jahre erobert hat, und mit musterhaften Gesangsdarbietungen wesentlich zu dem schönen Verlaufe der Veranstaltung beitrug. Das „Hoch die Saar“ und „Glück auf!“-Rufen wollte kein

Ende nehmen. Eine hell aufleuchtende Begeisterung hatte schließlich sowohl die Teilnehmer wie die Zuschauer ergriffen. Sorgen und Not waren wenigstens für einige Stunden vergessen. Schwer wurde der Abschied und das „Auf Wiedersehen im nächsten Jahre“ wurde mit innigster Ueberzeugung ausgesprochen.

Der Essener Männerchor von 1860 in Berlin. 150 Essener Sänger trafen am Sonnabend, 26. September, in Berlin auf dem Potsdamer Bahnhof ein. Zehn Berliner Gesangsvereine mit Fahnen, der Koselische Bläserchor und der Schwarzmeierische Kinderchor hatten sich zur Begrüßung eingefunden. Namens des Berliner Sängerbundes entbot Herr Rektor Runge den Gästen, die aus dem früheren Kaiserpreislingen wiederholt als Sieger hervorgingen, ein herzliches Willkommen. Als Vertreter der Stadt begrüßte der Direktor des Jugendamtes, Dr. Häußler, die Sänger von der Ruhr. Im Auftrage der im Westausschuß zur Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Landsmannschaftlichen Vereinigungen und zwar des Reichverbandes der Rheinländer, des Bundes der Saarvereine, des Pfälzer Vereins und der Vereinigung von Eupen Malmédy entbot der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, den Landsleuten nach alter Bergmannsart als Willkommensgruß in der Reichshauptstadt Berlin ein herzliches „Glück auf“. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Berliner Anwesenheit des Essener Männerchors von 1860 die Erinnerungen an die Zeit schmachvoller Unterdrückung eines friedlich arbeitenden Volkes durch die französische Soldateska, an das im Leben einzig dastehende große ungeheuerliche Unrecht und an die bis dahin von der Bevölkerung an der Ruhr, und heute noch am Rhein, an der Saar, in der Pfalz und in Eupen Malmédy mit Mut, mit Stolz und Würde ertragene und noch zu ertragende schwere Zeit wachrufen möge. Diese Erinnerungen können und dürfen nie und nimmer schweigen. Wo gäbe es gerade an der Ruhr einen Stand, vom Arbeiter bis zum Unternehmer, vom untersten bis zum höchsten Beamten, der von der Gewalt der Franzosen verschont geblieben sei und nicht Opfer fremder Willkür in seinen Reihen zählte! Unvergessen sei der gewaltsame Einmarsch der Franzosen mit all seinen Folgen, unvergessen aber auch jener ungeheuerliche Friedens- und Vertragsbruch durch Frankreich. Wie im Saargebiet, dessen Bevölkerung der treudeutschen Gesinnung wegen dem ganzen deutschen Volke mit Recht immer als Vorbild hingestellt wird, so habe auch die Bevölkerung der jetzt geräumten Gebiete die Jahre der Befassung und französischen Gewaltherrschaft mit Stolz und Würde ertragen. Nur der, welcher am eigenen Leibe all das erfahren habe, verstehe die Not und die Leiden, die das so schwer bedrückte Volk durchgemacht habe. Der passive Widerstand im Ruhrgebiet sei der Aufschrei eines gequälten, aber trotz aller Demütigungen stolzen und selbstbewußten Volkes gewesen. Die großen Opfer seien aber auch nicht vergebens gebracht. Der Stolz und die Treue der braven Brüder und Schwestern im Ruhrgebiet haben nicht versagt. Die Geschichte der Ruhrbesetzung müsse recht bald geschrieben werden und zwar recht gründlich, um dem nicht besetzten deutschen Vaterlande, aber auch dem Auslande immer wieder Kunde zu geben, welche Opfer auch im Ruhrgebiet für das Reich und Preußen gebracht worden sind, die aber für die Volksgemeinschaft nicht ohne Erfolg geblieben wären. Wie an der Saar, am Rhein und in der Pfalz, so habe auch an der Ruhr stilles unbeugsames Heldentum gestritten und für des deutschen Vaterlandes Freiheit und Einheit Schweres gelitten. Mit der nochmaligen Mahnung, die Erinnerung an all das, was die Bevölkerung im Ruhrgebiet und überhaupt im besetzten Gebiete und im abgetrennten Saargebiet durchgemacht und noch durchzumachen habe, niemals verblasen zu lassen, erinnerte er an das Dichterwort: „Doch, was der Feind uns angetan, das sei nimmer vergessen!“ Er dankte dann den Brüdern und Schwestern, besonders den aus dem Ruhrgebiet Herbeigeeilten, für die treue deutsche Haltung und für die unentwegte Liebe zu ihrem Vaterlande und schloß seine, wiederholt mit stürmischem Beifall unterbrochene Ansprache mit einem dreimaligen Glückauf auf die Brüder und Schwestern des befreiten Ruhrgebietes. Herr Kommerzienrat Beer mann-Essen dankte im Namen des Essener Vereins für den begeisterten Empfang und für die Unterstützung durch das unbefetzte Gebiet in schweren Tagen. Musik und Gesangsvorträge umrahmten die Begrüßungsfeier. Um 1 Uhr empfing Oberbürgermeister Böß die Gäste, nachmittags der Reichsanwalt Dr. Luther. Auch dem Reichsaussenminister Stresemann brachte später der Gesangsverein ein Ständchen. Abends gab der Männerchor in den Räumen der Hochschule für Musik in Charlottenburg ein Konzert. Der etwa 150 Sänger umfassende Chor, der schon bei Beginn mit rauschendem Beifall empfangen wurde und später auch weitere äußere Zeichen der restlosen Zustimmung der zahlreichen musikalischen Zuhörer erhielt, verfügte in der Tat über ein seltenes, schön klingendes Material, in dem die hohen Tenöre besonders hervorstachen, eine Masse, die das Glück hat, von einem für feinere Phrasierungen und Modulationen empfänglichen, sachlichen Dirigenten namens Hermann Meißner betreut zu werden.

Ortsgruppe Frankfurt a. M. Die regelmäßige Mitglieder-
versammlung findet jeden letzten Dienstag im Monat, abends
9 Uhr, im Bürgerverein, Stiftstraße 39 II, statt. Jeder Freund
der Saarlage ist zu diesen Monatsversammlungen herzlich ein-
geladen. Der Saarbrücker Stammtisch in Frankfurt a. M. tagt
jeden Donnerstag abend im Henninger-Bräu, Gr. Eßersheimer
Straße, nahe dem Schillerplatz. Jede Auskunft über die Orts-
gruppe Frankfurt a. M. usw. erteilt jederzeit gern die Geschäfts-
stelle Mainkuststraße 2.

Bücherschau.

Die Verhandlungen über die Saarfrage auf der Pariser Friedens-
konferenz.

Von Dr. E. W. Fischer, Stuttgart.

Als Nr. 17 der Schriftenreihe der Preussischen Jahr-
bücher ist im Verlag von Georg Stilke, Berlin, die vor-
bezeichnete hochinteressante Druckschrift erschienen. In ihr wird
nachgewiesen, daß die Verhandlungen, die im Jahre 1919 in
Paris über die Saarfrage geführt worden sind, eines der
spannendsten Kapitel in der Entstehungsgeschichte des Versailler
Vertrages bedeuten. Soweit die Saarfrage an unmittelbarer Be-
deutung hinter anderen Problemen der Pariser Konferenz zurück-
stand, so typisch ist sie für deren Verlauf. Sie stand im Brenn-
punkt der Verhandlungen und auf sie spitzte sich eine der Haupt-
krisen der Konferenz zu, die fast zum Bruch führte. Der Grund-
lag, wie in der vorliegenden Schrift nachgewiesen wird, darin,
daß die Saarfrage zum Prüfstein dafür wurde,
ob der Friede ein Friede nach Wilsons Punkten
werden würde oder nicht. Auf Grund der Darlegungen
André Tardieus, welcher am Entstehen der Saar-Artikel
während der Vorfriedensverhandlungen stark beteiligt ist und
welcher in seinem Buche „La Paix“ der Saarfrage ein beson-
deres Kapitel gewidmet hat, wird auf die Verhandlungen ein-
gehend hingewiesen, ganz besonders aber auch auf die
große, berühmt gewordene sogenannte Saarlüge und auf
die Tatsache, daß es unerhört gewesen ist, fast ein Viertel
der rein deutschen Bevölkerung des Saargebietes auf Grund
der bekannten plumpen Fälschung zu Franzosen
zu stempeln. Die Schrift schließt mit folgenden Worten:
„Am deutschen Land, deutsches Volk ward gestritten und gehan-
delt, Deutschland durfte nicht dabeistehen. Fremde erhoben sich mit
dem Anspruch, im deutschen Hause besser Bescheid zu wissen als der
Deutsche selbst. Und am allerwenigsten dachte man daran, die
Bevölkerung an der Saar selbst zum Worte zu vernehmen.
Sie war gerade gut genug, um zum Gegenstand
eines Schachergeschäfts gemacht zu werden, in dem
sie selbst nur an zweiter, die Kohle hingegen an erster Stelle
stand, gut genug, um der einfachsten politischen Rechle beraubt
und in derselben Zeit, in der „die großen Drei“ sich in Paris um
eine Einigungsformel abmühten, von einer ebenso stupiden wie
übermütigen Soldateska genasführt und bedrückt zu werden, so
daß sie ihrer Stimme, die mit elementarer Wucht hervorquoll, nicht
Gehör verschaffen konnte; aber dennoch, dennoch legte sie
unter allen Widerwärtigkeiten vielfach herr-
liches Zeugnis für ihr Deutschtum ab. So sah die
Nukleuswendung der Ideale von Freiheit und Selbst-
bestimmung aus, die einer aufstrebenden Welt verkündet
waren und wie ein weitleuchtendes Panal alle sehenden Blicke
auf sich gezogen hatten. Ein Evangelium war ver-
heißt, eine Sklavensette wurde geschmiedet.“

Ausgezeichnete photographische Aufnahmen

von der

5. Tagung des Bundes der Saarvereine, verbunden
mit einer großen Saarlundgebung anlässlich der
Jahrtausendfeier der Rheinlande in Hannover
am 6. und 7. Juni 1925

hat unser Landsmann Hermann Stumm in Gos-
lar gemacht. Von den aufgenommenen Veranstaltungen
sind zu nennen: Die öffentliche Versammlung im
„Luisenpark“ am Sonnabend, dem 6. Juni 1925; der
Festzug und das gemütliche Zusammensein in der
Stadthalle nach dem Festessen am Sonntag, dem
7. Juni 1925. Am selben Tage sind verschiedene
Gruppenaufnahmen gemacht worden, so von dem
Saarbrücker Eisenbahngesangsverein, von
den Bergleuten, von dem Frühlingsfest bei Knid-
meyer am Montag, dem 8. Juni 1925, u. a. m. Die
Aufnahmen, die wirklich vorzüglich gelungen sind, sind zu
beziehen durch Hermann Stumm, Photographische Kunst-
handlung, Goslar a. Harz.

„Das Berufsleben in der Eisenindustrie“ betitelt sich eine
bei der Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G. in Saarbrücken,
Rathausplatz 5, erschienene Broschüre, die zum Preise von 1 Gros.
oder 0,30 Goldmark durch den Verlag zu beziehen ist.

In erschöpfender Weise behandelt der Verfasser auf Grund
eigener Erfahrungen den Schritt der Jugend aus der Schule ins
Leben. Gleichzeitig wirft er die Frage der Berufswahl nach der
Schulentlassung auf, von deren Entscheidung die Zukunft des
jungen Menschen abhängt. Gerade in der heutigen Zeit wirt-
schaftlichen Ringens, wo jedes größere Werk seine Hauptaufgabe
darin erblickt, für einen gesunden und leistungsfähigen Stamm
von Arbeitern zu sorgen, ist es für die Eltern des zur Schulent-
lassung kommenden Sohnes doppelt schwer, allein darüber zu ent-
scheiden, was der Junge werden soll. Begegnet man doch im
täglichen Leben sehr oft jungen Leuten, die mit ihrem Berufe
unzufrieden sind und „umsatteln“, weil sie später erst zu der Ueber-
zeugung kamen, daß sie nicht den richtigen Beruf gewählt haben.
Diesem Bedürfnis kommt der Verfasser entgegen, indem er in
klarer Darstellung den Eltern Aufklärung gibt über den zu be-
schreitenden Weg vom Beginn der Lehrzeit bis zur Fortbildung
als Geselle unter besonderer Beschreibung derjenigen Berufe, die
speziell auf Weiterbildung bei besonderer Veranlagung und her-
vorragender Tüchtigkeit die meisten Aussichten bieten.

Briefkasten.

B. in E. M. 8.— mit herzlichem Dank erhalten.
L. in S. 2. M. 7.— mit bestem Dank erhalten.
G. in S. M. 5.— mit bestem Dank erhalten.
J. in S. 3. M. 12.— mit herzlichem Dank erhalten.

Im Verlag der Saarbrücker Landes-Zeitung

sind erschienen:

Goldmark

- | | |
|--|-------|
| Die Geschichte des Saargebietes. Von Prof. Dr. h. c.
Ruppersberg. Interessante Zusammenfassung
der geschichtlichen Entwicklung des Saarge-
bietes von den Anfängen der Kelten- und Römer-
zeiten bis in unsere Tage hinein, mit zahlreichen
Illustrationen. | 15,— |
| Das schöne Land an der Saar. Von Kunstmaler
H. Keuth. Ein Bilderwerk voll hoher Schön-
heit und innigster Naturfreude, in dem das Herz
der Saarheimat schlägt. | 9,— |
| Mettlach, die Abtei, ihr Gründer u. ihre Geschichte.
Von C. Conrad. Mettlach. | 1,20 |
| Blieskastel und sein Gnadenbild. Von Hermann
Josef Becker. Interessante, lebhafte Schil-
derung der geschichtlichen und religiösen Be-
gebenheiten der bekannten Gnadenstätte zu
Gräfenal und der Heiligkreuzkapelle zu Blies-
kastel. | 1,50 |
| Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiter-Organi-
sationen an der Saar. Von Karl Alfred Gabel.
Umfang 200 Seiten. | 1,50 |
| Lohnpolitik und Produktionsergiebigkeit im
Preussisch-Fiskalischen Saarkohlenbergbau. Von
Paul Georg Quirin, Doktor der Staatswissen-
schaften. | 2,50 |
| St. Ingbert und seine Vergangenheit. Eine ge-
schichtliche Heimatkunde. Von Studienrat
Wolfgang Krämer. | 12,50 |
| Die Eisenbahn-Güterfrachten im Saargebiet. Uni-
verselles Nachschlagewerk von größter Be-
deutung. Von Otto Schmidt-Schulde. | 9,— |

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
oder direkt durch die

Saarbrücker Druckerei u. Verlag A.-G.
Saarbrücken 3 Rathausplatz 5

Das Saargebiet in Gefahr!

Jeder Deutsche muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ sein!

Ernst Giesler & Co., Kom.-Ges.

(Inh. Fritz Huber)

Kreuztal, Krs. Siegen

Blecharbeiten aller Art
Verzinkte und lackierte Blechwaren
Baugeräte • Schiebkarren
landwirtschaftliche Geräte • verbleite Eiszellen
usw..

Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft

von Otto Andres.

Von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11,
Königgräber Straße 94 II, zum Preise von 1,— M.
zu beziehen.

Saar-Stammtisch in Berlin

Die regelmäßigen Zusammenkünfte unserer Landsleute aus dem Saargebiet, unserer Freunde und Bekannten finden

jeden Donnerstag abend im Restaurant

„Dessauer Garten“, Dessauer Straße 1

statt.

J. A.:

Ingenieur L. Labbé Musiklehrer H. Köller.

Der Saarkalender für 1925

ist ein Gedent- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen. Er enthält ernste und heitere Schilderungen der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Zeitafeln, saarländische Anekdoten, Witze usw. und bekommt durch Beiträge guter Schriftsteller eine hochwertige literarische Note. Ein Handbuch von dauerndem Wert für Kinder und Erwachsene. Der Preis dieses ausgezeichneten Wertes beträgt 1,50 M. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924 des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königgräber Straße 94 II.

Die illustrierte Monatschrift Elsaß-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst
(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elsäß-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: „... eine Zeitschrift, die ein ausdrucksvolles Anzeichen dafür ist, mit welcher Zähigkeit und unbegrenzten Lebenskraft die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem Wechsel der Herrschaft sich zu behaupten wissen.“ — „Germania“, Berlin: „... eine Ausgabe, die nicht länger vernachlässigt werden darf, in der richtigen Weise angepaßt.“ — „Unabhängige Nationalkorrespondenz“: „Politisch und kulturpolitisch Interessierten sei die Lektüre dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen. Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut.“ — „Preussische Jahrbücher“: „Die Monatschrift verteidigt die Stammesinteressen dieses ferndeutschen Landes in zäher Verteidigung und gewandtem Angriff.“ — „unwahren Tendenzen abhold.“ — „große Sachlichkeit.“ — „Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute elsäßische Geistesart zum Vort kommen zu lassen.“ — „Schwäbische Volkspresse“ (Temesvár, Rumänien): „musterhaft geleitete Feste.“ — „Sowohl die politischen Aufsätze wie das übrige der Feste ausgezeichnet.“

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifenbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken. übriges Ausland 2 amerik. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.
Postcheckkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW. 7 Nr. 109799.

Vertriebene aus Elsaß - Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die

„Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle Fragen, elsäß-lothringische Erzählungen und Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von

70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“,
Freiburg i. B., Röderstr. 12.

Das Blatt aller Rheinländer!



Halbmonatsschrift für den deutschen Westen

Verlag „Rheinischer Beobachter“, Berlin SW. 11, Köpenicker Str. 11

Mit der illustrierten Heimatbeilage „Der schöne Rhein“

frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit fesselndem Inhalt, vertritt der „Rheinische Beobachter“ kraftvoll die Interessen der Rheinischen Volksgenossen und lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefte nur 50 Pfg.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag
Berlin SW 61, Großbeeren-Straße 17.